

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 2. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

---

Sitzungsdatum: 9. September 2020  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.25 Uhr

---

#### Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Christian Kellermann, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Andreas Bammatter  
Philippe Hofmann  
Christoph Morat  
Silvia Stucki  
Franz Vogt  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Jesse van Rijswijk, Leiter-Stv. Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Jurist  
Jonas Stettler, Volontär

Anwesend: Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Sandro Felice, Barbara Grange, Matthias Häuptli, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Christian Kellermann, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Simone Meier, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Rita Urscheler, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Swen Wyss

Entschuldigt: Philippe Adam, Roman Hintermeister, Cetin Keles, Pascale Uccella, Patrick Dill (Leiter Gemeindeverwaltung)

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22  
18.20 Uhr 34 Anwesende = 23  
18.30 Uhr 35 Anwesende = 24  
18.40 Uhr 36 Anwesende = 24

---

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 24.7.2020, betreffend **Quartierplanung «Idorsia»**, 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4514 / A
2. Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, zum Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.5.2018, betreffend **Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4396 / A
3. Bericht des Gemeinderates vom 12.8.2020, zum Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 19.11.2018, betreffend **Lärmschutzprojekt LSP**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4425 / A
4. Bericht des Gemeinderates vom 24.6.2020, zum Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 20.1.2019, betreffend **Bildung einer Begleitkommission für die Ausarbeitung der Versorgungsregion mit Binningen und Schönenbuch**  
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4435 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, zum Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 18.2.2019, betreffend **Allschwiler Kulturwoche ein «grosser Erfolg» - bleiben wir dran?**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4443 / A
6. Zwischenbericht des Gemeinderates, vom 19.8.2020, betreffend **Motion Überarbeitung Abfallbewirtschaftungsreglement**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4467A
7. Interpellation von Etienne Winter und Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 2.12.2019 betreffend **PV-Anlagen auf Gemeindeligenschaften**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4498 / A
8. Interpellation von Ueli Keller, Grüne, vom 3.2.2020, betreffend **Funkantennen – insbesondere 5G**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4508 / A
9. Interpellation von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 19.2.2020, betreffend **Reinigungspersonal in den Allschwiler Gebäuden**  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4509 / A
10. Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 19.2.2020, betreffend **öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen in Allschwil**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4510
11. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend **Denkmalschutz Schulhaus Gartenstrasse**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4522
12. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend **Denkmalschutz Portierhaus im Gewerbequartier Ziegelei**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4523

13. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend  
**Lärmsanierung Baslerstrasse**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann

Geschäft 4521

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

**Für das Protokoll:**

Christine Rüegsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 2 vom 9. September 2020**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Christian Kellermann

---

**Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Christian Kellermann**, Präsident: Geschätzte Damen und Herren Einwohnerräte und Gemeinderäte, geschätzte Medienvertreter und Besucher. Ich begrüsse Sie herzlich zur Plenarsitzung vom 9. September 2020. Ich hoffe sie hatten alle einen angenehmen Sommer verbracht und starten nun gestärkt in die neue Legislatur. Nebst den neuen Einwohnerräte und Gemeinderäte möchte ich auch Herr Jonas Stettler (neben Herrn Ruedi Spinnler) als Volontär und Gast begrüssen.

Entschuldigt sind heute Patrick Dill, er wird vertreten durch Herrn Jesse van Rijswijk. Weiter entschuldigt sind Philippe Adam, Roman Hintermeister-Goop, Cetin Keles, Pascale Uccella. Verspätet gemeldet sind Mark Aellen und Rolf Adam. Es liegen mir keine weiteren Entschuldigungen vor. Ruedi Spinnler führt nun durch die Präsenz.

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Wir kommen zu den Mitteilungen des Einwohnerratsbüros. Die Kommissionssprecher bleiben auf ihrem eigenen Platz und werden für ihre Rede nicht nach vorne auf die Bühne kommen. Die Sitzordnung bleibt nach wie vor bei der alten Situation. Wie ihr festgestellt habt, gelten weiterhin die Hygienemassnahmen und der Sicherheitsabstand. Dafür gibt es aber eine 20-Minutenpause mit einer kleinen Verpflegung. Damit keine grosse Ansammlung beim Hinausgehen stattfindet, werden wir es gestaffelt machen. Wir werden heute mit der Saalhälfte auf dieser Seite mit dem Hinausgehen beginnen. D.h. die Saalhälfte zum Pausenplatz hin und die andere Saalhälfte zur Strasse hin kurz zeitverzögert später. Für die neue Sitzordnung mit dem Halbkreis, welche zur Diskussion steht, sind drei Varianten noch im Spiel, davon sind aber noch zwei in der engeren Auswahl. Ich würde einfach bitten, dass die Fraktionspräsidenten dies

---

---

noch einmal unter sich bereinigen. Das könnte man vielleicht z.B. auch in der Pause angehen oder auch in einer separaten Sitzung. Die halbrunde Variante käme erst zum Zug, wenn das mit den Sicherheitsabständen aufgehoben sein wird.

Ein Aufruf der Umwelt zuliebe: Der papierschwere Postversand, der jeweils für den EWR verschickt wird, kann man auch in elektronischer Form haben. Jene, die das gerne wünschen, sollen das bitte bei Nicole Müller melden.

Zuletzt noch zwei kleine, organisatorische Punkte vor allem für die Neuen hier im Saal: Beim kurzen Austreten während der Sitzung soll man das bitte den jeweiligen Stimmzählern bekannt geben. Sie haben ein Blatt vor sich liegen, auf welchem farblich gekennzeichnet ist, welche Stimmzähler für Sie verantwortlich sind. Es reicht mit einem kurzen Kontakt zu den jeweiligen Stimmzählern. Die Blätter sind nicht verteilt? Dann sage ich es schnell: also, für diese Saalseite ist es Henry Vogt, ihm kurz ein Zeichen geben, wenn man hinausgeht, und wenn es jemand auf dieser Seite ist, dann Astrid Kaiser ein Zeichen geben. Möchte man etwas zu den Geschäften sagen, wäre es wichtig, dass man das mit Handerheben dem 1. Vizepräsidenten anzeigen würde. Er nimmt dies auf und mit einem Kopfnicken oder Entgegen quittieren. Es ist wichtig, dass der Kontakt stattfindet, denn dann seid ihr auch automatisch auf der Warte- oder Rednerliste.

Es sind keine dringlichen Postulate oder Motionen eingegangen. Eingereicht unter den Vorstößen ist Einwohnerratsgeschäft 4526, dringliches Verfahrenspostulat betreffend Einwohnerratssitzung in der Legislatur 2020/2021, Videostreaming via Internet, von Christian Kellermann, Einwohnerratsbüro. Dazu würde ich gleich gerne persönlich das Wort ergreifen. Das Einwohnerratsbüro sieht es als durchaus prüfenswert, unsere Einwohnerratssitzung noch mehr als jetzt schon öffentlich zu machen. Es sind zwar Besucher im Moment erlaubt, aber wir wissen nicht, ob allenfalls ältere Menschen oder Menschen, die sich ausserhalb Allschwil aufhalten, nicht auch eine Gelegenheit haben, persönlich an dieser Sitzung teilzunehmen. Oder ob sich weitere Medienvertreter sich extern in diese Sitzung einloggen möchten. Mittels Internetstreaming könnte das ermöglicht werden. Dringend ist es, weil zuerst der Gemeinderat prüfen und rückmelden wird, welche Kosten hierfür entstehen sollten. Erst wenn das bekannt ist, kann der Einwohnerrat abschliessend entscheiden, ob ihm diese Öffnung, diese Realisierung mittels Internetstreaming wichtig genug wäre, dies umzusetzen. Auch dringend ist es, weil wir nicht wissen, wie lange Besucher erlaubt sind, das kann jederzeit wieder bei ansteigenden Infektionszahlen aufgehoben werden. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen?

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe dieses Blatt vor mir liegen und wir haben es in der Fraktion durchgelesen und besprochen. Wir müssen uns doch an dieser Stelle unsere Verwunderung kundtun. Punkt A: Es beginnt schon im Antrag, in dem der Gemeinderat gebeten wird zu prüfen und zu berichten. Dies in einem Verfahrenspostulat. Da stellen wir uns als Fraktion schon die Frage, ob das Büro das Geschäftsreglement kennt. Im Geschäftsreglement § 53 steht klipp und klar, Abs. 1: „Verfahrenspostulate sind selbstständige Anträge von Ratsmitgliedern, von Fraktionen oder Kommissionen, die eine Änderung des Geschäftsreglements oder die Durchführung einer die innere Angelegenheit betreffende Massnahme bezwecken.“ Also, wenn ein Videostreaming von Innen nach Aussen keine innere Angelegenheit ist, dann frage ich mich, was sonst eine innere Angelegenheit wäre. 2.: „Sie müssen schriftlich und unterzeichnet eingereicht - das stimmt - „und können mündlich begründet werden. Das Büro hat an einer der folgenden Sitzungen dazu Stellung zu nehmen.“ Das Büro, nicht der Gemeinderat, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Fährt man weiter, nämlich bei § 16, welche Möglichkeiten das Büro hat, um die Sachen zu regeln, dann sehen wir ja die ganzen Litaneien, also Abs. 2: Das Büro hat folgende Aufgaben ... Unter g) steht: „Es beschliesst über die inneren Angelegenheiten des Rates.“ Wir haben also zwei Paragraphen, die ganz klar und deutlich regeln, was ein Verfahrenspostulat ist und was das Büro regeln kann. Wenn ich nun ein dringliches Verfahrenspostulat vor mir liegen habe, in dem das Büro über den Rat den Auftrag will, dass der Gemeinderat etwas prüft, was in der Kompetenz des Büros liegt, dann verstehe ich nicht, was ihn geritten hat. Aus diesem Grund plädieren wir absolut dafür, dass man 1. die Dringlichkeit nicht gibt und 2. das Verfahrenspostulat als ungültig zurückweist und überhaupt nicht überweist. Das Büro allein hat die Kompetenz, an einer Sitzung zu beschliessen, dass es das gerne abgeklärt haben möchte und diesen Auftrag an die Gemeindeverwaltung weiterzugeben. Da braucht es kein Postulat, da braucht es gar nichts. Da braucht es nur ein Input während der Sitzung des Büros. Das Zweite ist: wie gut das dann besucht wird - da wir wissen, dass beim Landrat durchschnittlich 16 Personen zuhören - weiss ich nicht. Ob wir das hier in dieser Gemeinde toppen können? Wenn das so ist, wäre das erfreulich, wenn nicht, dann ist es so wie wahrscheinlich voraussehbar. Ein Verfahrenspostulat wird hier mit diesem Sinn ab absurdum geführt. Aus diesem Grunde unterstützen wir weder Dringlichkeit noch Verfahrenspostulat.

**Christian Kellermann**, Präsident: Dazu würde ich vielleicht gleich noch Antwort geben, weil es nicht ganz korrekt ist. Der Gemeinderat resp. die Verwaltung braucht einen Auftrag vom Einwohnerrat, damit sie prüfen, welche Aufwendungen es in Form von Kosten benötigt. Das ist so, das wurde auch vorgängig abgeklärt. Deshalb, wenn ihr es nicht überweist, wird es auch nicht abgeklärt und somit auch nicht

---

weiterverfolgt werden. Es geht ja wirklich nur darum zu prüfen, welche Kosten daraus generiert werden. Danach wird das Büro in einem zweiten Schritt den Einwohnerrat darüber informieren.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Ratskolleginnen und -kollegen. Ich sehe keinen Mehrwert in einem Streaming der Einwohnerratssitzung. Wir haben ab Morgen bereits das Wortprotokoll im Internet online. Wir haben nachher relativ schnell auch das Protokoll zum Lesen. Diese 6, 7 oder auch 12 Stunden, in welchen man die Informationen früher hat, sind glaube ich nicht wirklich relevant und rechtsfähig, den Aufwand, den es generiert, zu prüfen, die Kosten abzuklären etc., aus meiner Sicht nicht. Darum lehne ich dieses Postulat und auch die Dringlichkeit sicher ab. Danke schön.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann meinen zwei Vorrednern, Florian und Martin, nur beipflichten. Aber es geht nicht um die Sache, sondern um die Dringlichkeit. Die SP-Fraktion sieht die Dringlichkeit eigentlich nicht gegeben. Es ist nicht einfach eine Hauruck-Übung, sondern wirklich ein Überprüfen. Vor allem auch wäre Datenschutz sicher etwas, das man noch genauer prüfen müsste. Darum würde ich plädieren, bitten, die Dringlichkeit abzulehnen. Besten Dank.

**Christian Kellermann**, Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Es braucht eine 2/3-Mehrheit für die Annahme. Wer dafür ist, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Dem wurde mit 6 Enthaltungen, 4 Ja und 24 Nein nicht stattgegeben.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Gibt es Änderungswünsche? Das scheint nicht der Fall zu sein.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 24.7.2020, betreffend Quartierplanung «Idorsia», 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4514 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich weise darauf hin, dass es um die 1. Lesung geht und frage den Gemeinderat an, ob das Eintreten bestritten ist. Das scheint nicht der Fall zu sein. Es werden der Einwohnerratsbericht, das Quartierplanreglement und der Quartierplan behandelt. Zu den Ausführungen gebe ich zuerst das Wort an KBU-Präsident Andreas Bärtsch.

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer. Der Quartierplan Idorsia findet sich in der Gewerbezone G20B. Dort ist eine maximale Gebäudehöhe von 20 m zugelassen. Der Grundstückseigentümer der betroffenen Parzelle, die Firma Idorsia, möchte seinen Standort ausbauen und zu diesem Zweck ein bestehendes Gebäude erweitern und einen Neubau auf Seite Gewerbestrasse erstellen, der eine Höhe von 40 m hat. Zu diesem Zweck hat sie einen Quartierplan eingereicht. Das Grundstück ist auf drei Seiten von öffentlichem Strassenraum umgeben, auf einer Seite durch eine Parzelle, die ebenfalls der Firma Idorsia gehört, begrenzt. Der Quartierplan wurde vom Architekturbüro Herzog & de Meuron entwickelt. Mit dem Quartierplan werden die folgenden Ziele verfolgt: Verdichtung von bereits genutzten Arbeitsflächen, Siedlungsentwicklung nach innen mit der Erhöhung der Beschäftigungsdichte, Verdichten und Nachverdichten von Siedlungsflächen im Bereich einer guten öV-Erschliessung, Entwicklung von standortbezogenem Mobilitätsmanagement. Die genannten Ziele entsprechen im Wesentlichen dem Ziel des kantonalen Richtplans für das Gewerbegebiet Bachgraben. Die Kommission für Bau und Umwelt hat den Quartierplan in einer Sitzung beraten und konnte sich auf die sehr fundierten Angaben von Didier Doggé, Gruppenleiter Bewilligungen Bereich Bau und Raumplanung, sowie den Ausführungen von Christoph Morat abstützen.  
Die Sicht der Kommission: Sie begrüsst die Gebäudesetzung. Mit diesem Ausbau wird der bestehende Standort hochwertig erweitert. Die Setzung der An- und Umbauten in der Parzelle wird als richtig

---

betrachtet. Aufgrund der Bauzone und der Örtlichkeit und auch der Gebäudehöhen erachtet es die Kommission jedoch als zwingend, dass die Gebäude mit einem Flachdach ausgeführt werden. Im Moment ist dies im Quartierplan so nicht festgehalten. Im Weiteren erachtet die Kommission die Formulierung und Darstellung von möglichen Verbindungsbauten, die zwar im Moment schon bestehen, aber in Zukunft sicher angepasst werden könnten, als zu unpräzise und möchte dies präzisieren.

Höhenentwicklung: Im Rahmen der Entwicklung des Baselink-Areals kam der Wunsch von mehreren Eigentümern auf, im linksufrigen Bachgrabengebiet höher zu bauen. Der Gemeinderat nahm diesen Wunsch auf und führte eine umfassende Studie mit einem externen Raumplanungsbüro durch und definierte mögliche Punkte, wo Gebäude diese 20 m überschreiten könnten. Aufgrund dieser Studie sind jetzt die Eigentümer dieser Parzellen in der Lage, mit einem Quartierplanverfahren diese Mehrhöhe zu beantragen. Die Studie und das Vorgehen wurden von der Arealbaukommission des Kantons Basel-Landschaft ebenfalls beurteilt und als richtig befunden. Die Kommission Bau und Umwelt begrüsst die Gebäudehöhe, findet die Gebäudehöhe an diesem Ort des QP Idorsia richtig, so dass das Gebäude am Hegenheimerweg auf rund 32,7 m erhöht und der Neubau dahinter rund 40 m hoch gebaut werden kann. So können sie als Eckpunkte zum neuen Baselink-Areal erkannt werden.

Im Rahmen des Quartierplanverfahrens müssen keine neuen Parkplätze erstellt werden. Bereits mit den bestehenden Gebäuden oder bestehenden Parkmöglichkeiten werden die minimalen Anforderungen des Kantons erfüllt. Die Kommission begrüsst das ausgearbeitete Mobilitätskonzept, weil es den Schwerpunkt auf die Nutzung des öV und des Langsamverkehrs legt, dies mit flankierenden Massnahmen für die Mitarbeitenden attraktiv macht. Ebenfalls begrüsst die Kommission das Vorgehen des Gemeinderats, die Massnahmen und Funktionalität und vor allem auch die Einhaltung des Mobilitätskonzepts alle zwei Jahre zu überprüfen. Aus der Sicht der Kommission werden die vorgegebenen Ziele mit dem ausgearbeiteten Quartierplan erreicht. Aufgrund meiner Ausführungen erachtet die Kommission die folgenden Ergänzungen im Quartierplan als richtig und möchte dem Einwohnerrat beantragen, diesen zuzustimmen. Einerseits soll die Definition des Verbindungstrakts genauer festgeschrieben werden und andererseits soll im Quartierplan festgehalten werden, dass die Dachform für die Haupt- und Nebenbauten ein Flachdach zu sein hat.

**Christian Kellermann, Präsident:** Besten Dank für diese Ausführungen. Nun hat Gemeinderat Christoph Morat das Wort.

**Christoph Morat, Gemeinderat:** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Einwohnerräte. Mit diesem Quartierplan Idorsia steht ein weiteres Projekt mit dem Unterschied zur dort gültigen Zonenplanung zur Debatte. Dieses Mal geht es um ein Sonderbaurecht, die der Verdichtung geschuldet ist, dem Bauen in die dritte Dimension. Dies gleich um die doppelte Höhe als dort üblich ist, nämlich auf 40 m. Die Firma Idorsia - der Name bedeutet übrigens „I do Research in Allschwil“ - möchte in Allschwil im Bachgrabengebiet expandieren. Dort ist aber das Angebot an Bodenfläche überschaubar. Daher kommt so ein Plan, in die Höhe zu bauen, nicht unerwartet. Details können Sie dem Planungsbericht entnehmen. Die sind dort alle beschrieben und Andreas Bärtsch hat bereits auf 2, 3 Sachen hingewiesen. Im Arbeitsgebiet von kantonaler Bedeutung soll es nach der Auffassung von Fachleuten und des Gemeinderates punktuell zu höheren als im Zonenplan vorgesehenen Gebäuden kommen. Als erträglichen Wert hat der Gemeinderat im 2018 10 % des Gebiets festgelegt. Diese Verträglichkeit wird vor allem mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen begründet. Mit nur 2 Punkten des Verkehrsabflusses, nämlich Richtung Luzernerring und in Richtung Kreisel Grabenring, ist der gesamte Verkehr im Bachgrabengebiet stark limitiert. Der Autobahnanschluss ZUBA Richtung Basel und der Bau einer Tramlinie wird erst später zu einer grösseren Entlastung führen. Deshalb hat auch der Gemeinderat ein Mobilitätskonzept Bachgraben beschrieben, dass Konzepte für einzelne Parzellen dringend notwendig sind. Auch im November 2018 wurde vom Gemeinderat ein verbindliches Mobilitätskonzept gefordert. Dieses liegt nun vor und wurde vom Kanton bereits als vorbildlich gelobt und gutgeheissen. Ein Wort noch zum Bericht der KBU: Die KBU stellt ja zwei Anträge zum Quartierplan Idorsia. Der eine zu den Verbindungsbauten zum Nachbargebäude, was auch nicht gross umstritten ist. Ich denke, da wird man sich sicher schnell einig. Der Zweite, zu den Flachdächern: Grundsätzlich sollen ja bei allen Gebäuden das Flachdach als Standard festgelegt werden. In einer Stellungnahme zum Bericht der KBU haben die Projektverfasser dargelegt, dass dieser Aufbau, Baubereich C auf dem Plan, also das, was auf den Baubereich B kommt, für sie ein leicht geneigtes Dach benötigt. Dies aus Gründen der Konstruktion aber auch der Nutzung, die dort stattfinden werden soll. Dem Präsidenten der KBU liegt diese Stellungnahme ebenfalls vor. Ich habe mich mit Andreas Bärtsch noch vor der Sitzung unterhalten. Der Gemeinderat kann den Argumenten der Idorsia gut folgen und bittet die KBU um eine weitere Beratung dieses zusätzlichen Antrags, der noch vor der Sitzung bei uns eingegangen ist. Das sollte eigentlich bis zur 2. Lesung möglich sein, so dass der Einwohnerrat dann eine dienliche Entscheidung treffen kann. Ich habe für den Moment geschlossen.

**Christian Kellermann, Präsident:** Vielen Dank. Damit ist die allgemeine Beratung eröffnet.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Aus unserer Fraktion kommen diverse Anträge bei der Detailberatung. Ich habe zwei grundsätzliche Fragen zu diesem Geschäft. Das sind keine Anträge auf Änderungen des Quartierplans, sondern grundsätzliche Fragen, die ich mir überlegt habe und mir vorgenommen habe, sie heute zu stellen. Ich wohne seit 47 Jahren in Allschwil, ich wurde noch nie gefragt, ob ich mehr Flugverkehr will. Ein wenig ähnlich geht es mir allerdings mit dem Bachgraben. Ich wurde noch nie gefragt, ob ich diese riesige Geschichte, die am Bachgraben veranstaltet wird, will. Ich habe nur die Möglichkeit, bei Dominosteinen, also wenn es so um eine einzelne Planung geht, mitzuwirken und bei diesen Dominosteinen die Augen zu zählen. Allenfalls kann ich ein Referendum gegen einen einzelnen Quartierplan lancieren oder aktivieren. Aber wie gesagt, ich sehe nicht, dass ich zum Bachgraben als Gesamtes gefragt werde. Meine Frage an den Gemeinderat ist: Wie beurteilt er diese Bachgraben-Gesamtentwicklung aus der Sicht einer demokratischen Beteiligung der Bevölkerung, der Allschwil gehört?

Die zweite Frage ist zum ROI, Return on Investment. In diesen 47 Jahren, in denen ich in Allschwil wohne, habe ich insgesamt ca. eine halbe Million Steuern bezahlt, wohlverstanden nur Gemeindesteuern. Was passiert mit diesem Geld, was kommt zurück? Ich möchte einmal eine nachvollziehbare, ungefähre Berechnung davon, was die Gemeinde Allschwil ausgibt im Hinblick auf die Entwicklung des Bachgrabens und davon, was zurückkommt. Ich bin immer noch ziemlich sauer, dass die Actelion für 32 Milliarden verkauft wurde und Allschwil keinen einzigen Franken erhalten hat. Ich möchte gerne eine Berechnung, die den Return on Investment ausweist. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich stelle keine weiteren Wortmeldungen mehr fest. Ich frage den Rat an, ob zusätzliche, abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht ist. Das ist nicht der Fall. Damit würden wir zur 1. Lesung des Quartierplanreglements gehen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich möchte schnell Stellung nehmen, mindestens zur ersten Frage von Ueli Keller, weil die Zweite den Rahmen eines Geschäfts in einer Einwohnerratssitzung sprengen würde. Aber wir nehmen diese Frage gerne mit und werden sie auch mit unserer Finanzabteilung diskutieren, wie wir allenfalls adäquat Antwort darauf geben können. Ich hoffe auf dein Verständnis, dass wir die zweite Frage zum Return on Investment eventuell nicht heute Abend beantworten können.

Grundsätzliche Möglichkeiten zum Bachgraben: Der Bachgraben ist ein sog. G20-Gebiet. Das hat sich weder die Verwaltung noch der Gemeinderat ausgedacht. Sondern dies entstand eigentlich aus dem Gebiet, welches schon immer dort war. Es wurde in der letzten Zonenrevision so festgehalten, dass dort ein G20-Gebiet gibt. Das ist ein demokratischer Prozess. Im 2008 wurde es rechtsverbindlich. Schon dort hätte man gegen eine solche Gewerbezone demokratisch vorgehen können, indem man z.B. das Referendum gegen das Zonenreglement und gegen den Zonenplan ergriffen hätte. Dann hätte das Volk die Möglichkeit gehabt, sich dazu zu äussern. Demokratisch ist auch der Vorgang bei einem Quartierplan, der bis jetzt so stattgefunden hat. D.h. wenn jemand ein Sonderbaurecht will, geht er zur Gemeinde und meldet dies an. Die Gemeinde muss dies fachlich und formell prüfen. Dann geht das Ganze zum Kanton, kommt wieder zur Gemeinde zurück und es werden die Details ausgearbeitet. Dort, im Gemeinderat zum Beispiel, sind alles demokratisch gewählte Vertreter. Und nun kommt heute Abend dieses Geschäft zu Ihnen, Sie dürfen darüber befinden, ob Sie diesem Plan der Idorsia zustimmen möchten. Das ist ein Sonderbaurecht, wie ich es zu Beginn ausgeführt habe. Wenn Sie das nicht möchten, wenn Sie das heute Abend nicht beschliessen, dann bleibt diese Zone G20 dort bestehen. In dieser G20-Zone können die Grundeigentümer genau nach dieser Zone, auch mit gegebener Rechtssicherheit, planen und bauen, ausführen und ihre Bedürfnisse erfüllen. Wir haben sagenhaftes Glück, dass wir z.B. mit Baselink einen Partner haben, mit dem Bürgerspital, der über das ganze Gebiet Baselink einen sog. Masterplan legte. Dort sind noch einmal Spielregeln festgehalten. Wir haben das auch im Gemeinderat mitgeprüft und dazu einen Mitbericht, was wir davon halten, erstellen können. Wir haben darin sogar noch mehr Regulierungen als in den anderen Gebieten. Die künftige Zonenplanung wird wieder Thema auch hier im Einwohnerrat werden. Sie haben bereits das REK zur Kenntnis genommen. Aufgrund des REK wird auch die nächste Zonenplanung aufgebaut mit dem Ziel, dass sie nach den vorgesehenen 15 Jahren, also im Jahr 2023, wieder rechtsgültig wird. Ob gegen eine Zonenplanung, die der Gemeinderat Ihnen in den nächsten zwei Jahren präsentieren wird, demokratisch das Referendum ergriffen wird oder nicht, liegt ganz allein in Ihren Händen. Sie können das Behördenreferendum darüberlegen. Oder es ist eine Gruppierung äusserst unzufrieden und ergreift selbst gegen diese Zonenplanung das Referendum. Die demokratischen Spielregeln sind in jedem Fall in der Raumplanung gewährleistet. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal an die Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes erinnern. Dieses wurde damals mit ca. 70 % - Allschwil lag in etwa in demselben Range - angenommen. Darin ist z.B. auch der haushälterische Umgang mit dem Boden, mit dieser wertvollen Materie Boden, stark propagiert.

Dem hat das Schweizer Volk zugestimmt. Wir haben eine ganze Reihe von demokratischen Möglichkeiten, um so unsere Raumplanung zu bestimmen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Vielen Dank für die Beantwortung dieser Frage. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann frage ich den Rat noch einmal an, ob zusätzliche, abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir nun zur 1. Lesung des Quartierplanreglements. Die 2. Vizepräsidentin, Simone Meier, führt paragrafenweise durch die Lesung.

Erlasse Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 2 Art und Mass der baulichen Nutzung Seite 2

**Sandro Felice**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Bei § 2, Abs. 7 gibt es eine Formulierung, die aus meiner Sicht nicht ganz klar ist. Es steht da, es wird angestrebt, dass 80 % des Wärmeenergiebedarfs durch erneuerbare Energieträger erzeugt werden soll. Ich denke, es wäre in der heutigen Zeit angebracht, dass das nicht nur angestrebt werden soll, sondern dass man mindestens 80 % und wenn möglich 100 % fordern würde. Ich weiss nicht, ob das nicht einfach nur falsch oder schlecht formuliert wurde, aber der Antrag wäre, dass geschrieben wird: „mindestens 80 % des Wärmeenergiebedarfs sind durch erneuerbare Energieträger zu erbringen, anzustreben sind 100 %“.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: 100 % zu erreichen ist wegen der Spitzen extrem schwierig. Es geht ja nicht nur um die Wärmeenergie, es geht auch um Kühlenergie. Dies vor allem, weil darin auch viele Labors sein werden. Ich denke mir, die Formulierung „100 % anstreben, mindestens jedoch 80 %“, ist schon ganz schön viel, weil man 100 % eben wegen der Spitzen nicht ganz erreichen kann.

**Sandro Felice**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich muss trotzdem noch einmal fragen. Sollen denn 80 % mindestens nicht nur angestrebt werden, sondern erreicht werden, oder sind die 80 % auch nur ein Ziel? Dass es nicht unbedingt 100 % sein können, kann ich soweit einsehen. Aber dass 80 % nur angestrebt werden und nicht 80 % verbindlich sind, finde ich gar schwach.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Also ich sage es schnell. Es ist mindestens 80 %. D.h. der erneuerbare Anteil ist zwischen 80 und 100 %. Die 80 % gelten als ein Minimum, so wie es hier formuliert ist.

**Barbara Grange**, SP-Fraktion: Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Ratskollegen. Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, geht es letzten Endes eigentlich beiden inhaltlich um das Gleiche. 80 % sollen offenbar umgesetzt werden. Ich gebe meinem Ratskollegen und seinem Änderungsvorschlag Recht, dass diese Formulierung schlichtweg deutlicher ist und nicht im Nachhinein dann irgendeinen Auslegungsspielraum offenlässt. Darum finde ich diesen Änderungsvorschlag gut.

**Christian Kellermann**, Präsident: Moment, es gibt einen ganz kurzen Unterbruch. Gemeinderat Robert Vogt möchte noch kurz erläutern, was dieses technische Problem mit den Mikrofonen für eine Bewandnis hat. Denn dann könnte es mit den Mikrofonen nachher funktionieren.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzte Damen und Herren. Ich habe in der Zwischenzeit beim Facility Management nachgefragt, woran die Störung der Mikrofone liegen könnte. Ich kann Ihnen versichern, wir haben es vor der Sitzung getestet. Das hat einwandfrei funktioniert. Die Erklärung ist: Es gibt Hotspots, an welchen Sie Ihren PC andocken können. Der Hotspot, den Sie privat einrichten, strahlt über dieselbe Wellenlänge wie unsere Mikrofone. Dies ergibt offenbar einen Konflikt. Die Lösung ist: Wir haben ein gemeindeeigenes WLAN und dieser Gastzugang haben Sie per E-Mail im August von Nicole Müller erhalten. Da können Sie Ihren Computer sehr leistungsfähig andocken. Er ist jetzt auch gleich eingebündelt. Ich darf Sie bitten, möglichst in der nächsten Viertelstunde Ihren persönlichen Hotspot auszuschalten und an das WLAN dieses Saales anzudocken. Danke schön vielmals.

---

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Herzlichen Dank. Also ich bin dann gespannt, wie es mit einem Lifestream funktioniert, wenn bereits der Hotspot das auslöst. Nein, zum Antrag. Ich verstehe ehrlich gesagt diese Diskussion und die Erklärungsversuche nicht ganz. Wir haben eine 2. Lesung und schlichtweg ist es so, dass man den Antrag mitnehmen, die KBU es beraten kann und dann kommt es an der 2. Lesung zur Diskussion. Ich weiss jetzt nicht, was wir hier nun definieren müssen. Ich würde beliebt machen, dass wir das mitnehmen und an der nächsten Sitzung behandeln.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich bitte darum, den Antrag noch einmal zu formulieren. Und er müsste schriftlich aufgelegt werden.

### § 3 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten Seite 3

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Die Kommission Bau und Umwelt haben zu diesem Paragrafen zwei Anträge. Und zwar in Abs. 1 geht es um die Verbindungstrakte, die ich zuvor erwähnt habe. Das sollte man ergänzen: „Die Verbindungstrakte dürfen ausschliesslich als interne Verkehrsflächen genutzt werden und die Breite der Trakte ist entsprechend der Verkehrsflächen begrenzt. Und in Abs. 5 - es wurde auch schon vom Gemeinderat der Gegenantrag erläutert: Die KBU schlägt Ihnen vor, die Formulierung zu wählen „Für die Dachform der Hauptbauten und Nebenbauten gilt grundsätzlich das Flachdach.“

**Melina Schellenberg**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Bei § 3, Abs. 5 hätten wir noch einen weiteren Vorschlag, und zwar einen Kompromiss. In der SP-Fraktion haben wir besprochen, dass man nicht zwingend auf ein Flachdach bestehen würde, sondern auch unter Auflagen eine Dachneigung von bis zu 10 % akzeptieren würde. Die Bedingung dafür wäre, dass das Dach trotz der Neigung extensiv begrünt wird. Das wäre unser Kompromissvorschlag. Wir würden es begrüssen, wenn die KBU diese Option auch prüfen und besprechen würde. Besten Dank.

### § 4 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraums Seite 4

**René Amstutz**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. In Abs. 1, Grundsatz, würde ich gerne vorschlagen: Ich finde es eigentlich grundsätzlich gut, dass einheimische und standortgerechte Arten gesetzt werden, aber wenn ich dann in den Erläuterungen lese, dass eigentlich eine Art Farn und eine Art Schachtelhalm gesetzt werden, finde ich, ist das sehr wenig. In der Biodiversitätskrise, die wir jetzt erleben, in der sehr viele Arten vom Aussterben bedroht sind, finde ich, haben wir eine gute Möglichkeit, dass man in diesem Quartierplan nun einfügt, wie es dort bebildert ist, dass man artenreiche Bepflanzungen macht. Dass man nicht nur zwei Arten, die nicht einmal Bestäuber nutzen, weil es eigentlich keine Blütenpflanzen sind, sondern artenreiche Bepflanzungen macht. Das wäre unser Antrag.

### § 5 Erschliessung und Parkierung Seite 6

**Sandro Felice**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. In diesem Paragrafen geht es um Mobilität. Da hat man vorbildlicherweise ein Mobilitätskonzept erstellt, das ganz viele, großartige Massnahmen beinhaltet. Gleichzeitig ist dort aber auch ein Ziel definiert, wie viele Autofahrten im Modalsplit erreicht werden sollen. Das ist im Jahr 2030 bei 58 %. Auch steht in diesem Bericht, dass Idorsia nun bei 65 % ist. Das Ziel wäre, es lediglich um 7 % zu reduzieren. Gleichzeitig wird erlaubt, dass nur 300 Parkplätze gebaut werden, was grundsätzlich begrüssenswert ist. Aber es wird auch vorgerechnet, dass diese 58 % 637 Arbeitsplätzen entsprechen, bzw. Arbeitnehmenden, welche mit dem Auto kommen. Das ist eine grosse Diskrepanz. D.h. es hat 300 Parkplätze und 600 Leute kommen mit dem Auto. Auch wenn da noch ein paar wegen Krankheit oder Ferien abwesend sind, werden irgendwelche 100 bis 200 irgendwie im Quartier parkieren müssen. Das Ziel, nicht einmal 1 % pro Jahr, was irgendwie 10 Autos entspricht, die nicht mehr mit dem Auto kommen sollen, scheint mir nun gar wenig ambitioniert. Daher würden wir den Antrag stellen, dass man bei Abs. 2 ergänzt, dass der MIV-Anteil am Modalsplit von derzeit 65 % linear und dauerhaft auf maximal 43 % im Jahr 2030 gesenkt werden muss. Die 43 % sind notabene auch das Ziel des ganzen Bachgrabengebiets. Gleichzeitig geniesst Idorsia auch einen grossen Vorteil, auch monetär, dass sie jetzt doppelte Ausnutzung machen können und nicht umziehen müssen, dass sie an einem Standort arbeiten können. Ich denke, da kann man auch mehr erwarten.

§ 6 Abweichungen und Ausnahmen Seite 7

**Sandro Felice**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Entschuldigung, ich habe noch zwei weitere Anträge zum Thema Mobilität. Ich wusste nicht, ob die nun noch einzeln besprochen werden. Der nächste Antrag ist: Es wird ja Monitoring gemacht, es wird regelmässig an die Gemeinde berichtet. Aber es gilt halt grundsätzlich, wie mit allem, glaube nur der eigenen Statistik, die du gefälscht hast! Es werden von Idorsia Zahlen erhoben und an die Gemeinde gemeldet. Die Gemeinde aber hat nachher keine Möglichkeit, diese zu überprüfen oder allenfalls eigene Messungen zu machen. Deshalb möchte ich gerne beantragen, dass wie folgt ergänzt wird: Der Gemeinderat erhält das Recht, Detailzahlen der Monitoringberechnung einzusehen und ausserdem erhält er das Recht, auf Kosten der Parzelleneigentümer eigene Messung oder Befragung auf dem Quartierplanareal vorzunehmen. Ich würde auch noch gleich den letzten Antrag bringen, und zwar, nachdem wir nun ein Ziel haben und das Monitoring klar ist, geht es auch darum, dass es nachher eingehalten wird. Es gibt im Bericht zwar einen Abschnitt, in dem steht, welche Sanktionen es sein sollen. Es wird vor allem auf Dialog gesetzt, was grundsätzlich ja zu begrüessen ist. Letztendlich hat aber die Firma Idorsia Interesse daran, ihre Kosten und ihren Aufwand zu optimieren. Wenn dann der Druck zu wenig gross ist, wird sie eher wenig tun. Deshalb wäre es auch angebracht, dass man eine gewisse monetäre Sanktionsmöglichkeit beschliessen würde, damit, falls das Ziel nicht erreicht würde, die Gemeinde entsprechend Geld hat, um eigene Massnahmen umsetzen zu können, die man eigentlich auch von dieser Firma erwarten könnte. Insbesondere auch übergreifende Massnahmen sind von einer Firma in dieser Grösse zu erwarten, dass sie sich ihren Nachbarfirmen anschliesst und Massnahmen umsetzen kann, mit denen sie dann nicht allein ist. Daher heisst unser Antrag: Pro Zielwert des MIV-Anteils des Modalsplits übertreffende 1 % bezahlen die Grundstückeigentümer\*innen der Gemeinde jährlich 50'000 Franken.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ich rede jetzt als Einwohnerrat der FDP. Ich stelle fest, möchte denn die Grüne-Fraktion, dass Idorsia hier bleibt oder nicht? Die zweite Frage ist, wenn wir so ein Kontrollorgan aufbauen und kontrollieren, werden wir sicher etwa zwei Beamtenstellen zusätzlich schaffen müssen, die auch kontrollieren können, ob alles eingehalten wird. Dann muss man auch sehen, dass, wenn wir den MIV reduzieren möchten, man das zwar von einem Einzelnen fordern und sagen kann, er solle das machen, aber man muss dann auch die Rahmenbedingungen schaffen. Sprich den öV ausbauen, sprich Velowege ausbauen. Ob dann die Gemeinde und der Kanton so schnell sind, damit Idorsia das auch umsetzen kann, bezweifle ich.

noch einmal

§ 6 Abweichungen und Ausnahmen Seite 7

keine Wortmeldungen

§ 7 Schlussbestimmungen Seite 7

keine Wortmeldungen

Beschlüsse Seite 8

keine Wortmeldungen

**Christian Kellermann**, Präsident: Somit werden wir nun gleich zum Planreglement, zum Ablauf Quartierplan beraten. Ich gebe wiederum das Wort der 2. Vizepräsidentin, Simone Meier.

Quartierplan

keine Wortmeldungen

**Christian Kellermann**, Präsident: Wenn es keine Wortmeldungen zum Quartierplan gibt, stelle ich fest, dass die 1. Lesung damit abgeschlossen ist. Abstimmungen und Anträge des Gemeinderats sowie der Kommission gemäss dem Bericht erfolgen im Anschluss an die 2. Lesung in der Oktobersitzung.

Wir würden jetzt eine Pause machen, bevor wir zum nächsten Geschäft kommen. Da bitte ich noch einmal, dass Leute in der rechten Saalhälfte zuerst hinausgehen. Wir fahren um 19.30 Uhr weiter. Sandwichs werden wahrscheinlich noch nicht gleich bereit liegen. Dann noch würde ich bitten, dass der Hotspot bei Ihnen allen ausgeschaltet ist, damit wir nach der Pause einen zweiten Versuch starten können.

#### PAUSE

**Christian Kellermann**, Präsident: Bitte nehmt wieder Platz. Ich würde, bevor wir zum Info-Fenster des Gemeinderats kommen, vielleicht noch einmal bitten, alle, die ihr Handy nicht benötigen, es ganz abzustellen, weil es immer noch diese Störungsmeldung auf den Tischmikrofonen gibt. Damit wir auch diese Möglichkeit ausgetestet haben. Also bitte, diejenigen, die das Handy nicht zwingend benötigen, nun bitte ganz ausschalten, damit wir auch diesen Testversuch gemacht haben. Ich gebe nun Philippe Hofmann das Wort fürs Info-Fenster.

#### INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Dankeschön, hoffen wir, dass es so nun funktioniert. Ich darf euch heute den Zustand der Zivilschutzanlagen in Allschwil präsentieren. Wir haben noch vor den Sommerferien von der GPK ein weniger schönes Bild aufgezeigt bekommen. Daraufhin ist eine mittlere mediale Welle losgebrochen. Nachträglich muss man feststellen, die ganzen Darstellungen waren nicht immer ganz so korrekt. Aufgrund der entstandenen Entwicklung, die in dieser Thematik passierte, wurde beschlossen, dass sich der Bereich nun dieser Sache annehmen soll und dem Einwohnerrat mit einem Bericht so entgegenkommt. Wir sagten, wir machen eine PowerPoint Präsentation. Weil diese Räumlichkeiten etwas ausgedehnt sind und weil die Darstellungen oben etwas klein werden könnten, haben wir jedem auch eine Tischvorlage ausgeteilt, die aufliegen sollte. Ich hoffe, dass jeder diese zur Hand hat und dieser Präsentation auch besser folgen kann.

Um was es geht, ist kurz beschrieben. Sie sehen es auch in Ihrer Auslage. Wir beginnen mit der Schutzraumbilanz. Schauen, wo die Anlagen so stehen, gehen auf die Kategorisierung ein, Sinn und Zweck, Anforderungen, bis hin zum Unterhalt der Anlagen, welcher gefordert ist.

Die Schutzraumbilanz - das ist eigentlich etwas sehr Wichtiges - weist eine Überdeckung aus. Das ist sehr gut. Aktuell sind wir bei 116,65 %. D.h. wir haben mehr Plätze, als eigentlich nötig sind. Stand 10.6. Trotzdem, diese Zahl muss natürlich im Auge behalten werden, die kann bald einmal sinken, weil unser Bevölkerungswachstum stetig ist. Das Thema mit der Schutzraumbilanz bzw. dem Deckungsgrad ist auch ein permanentes Thema in der Sicherheitskommission. Dem haben wir uns schon zeitig angenommen, um zu sehen, wie sich Allschwil auch baulich entwickelt. Wo könnte man, wenn überhaupt grössere Überbauungen anstehen würden, eventuell Schutzräume bauen und wie sieht das Ganze aus in der Entwicklung der Bevölkerung, damit es miteinander korreliert. Ziel sollte sein, dass sämtliche Leute eine Schutzraumdeckung in Genuss nehmen sollten, so dass es immer höher als 100 % ist. Die heutigen Standorte sehen Sie auf dem Plan eingezeichnet. Wahrscheinlich sehen Sie es eben nicht, deshalb auch das Handout, die verschiedenen Orte, an denen wir Anlagen betreiben.

Kategorisierungen: Es gibt drei verschiedene Kategorien, A, B, C der einzelnen vorhandenen Anlagen. Sie sehen, wir haben vor allem Kreuzchen bei A und B. Auch das ist ein gutes Zeichen, weil A und B heisst, diese sind entweder A vollwertig oder B erneuerbar. Will sagen, falls sie gebraucht würden, kann man in der nötigen Frist der Aufwuchsphase aus B auch A machen.

Nun kommen wir zum Kern der ganzen Sache. Wofür sind diese Schutzanlagen überhaupt gedacht und konzipiert. Das Szenario, das man sich dabei immer wieder vor Augen führen muss, das ist das einzige, grundlegende Szenario dieser Schutzraumbauten, ist der bewaffnete Konflikt. Die Räume sind so konzipiert und gebaut worden, damit die Bevölkerung im Fall eines Einsatzes von A-, B- und K-Waffen gegen sie Schutz findet. Deshalb haben wir diese Schutzanlagen. Weil jetzt aber Gott sei Dank die

---

Situation zurzeit nicht so ist und auch nicht zu erwarten ist, nutzen wir sinnvollerweise diese Räume auch fürs Szenario Katastrophenfall. Sie sehen aufgelistet vier verschiedene Anlagen, die wir im Katastrophenfall in Betrieb nehmen könnten. Was sind denn die Anforderungen an eine solche Anlage? Der Kanton stellt an die Schutzanlagen Mindestanforderungen. Diese betreffen z.B. die Schutzraumhülle, Schutzraumabschlüsse, Belüftung, Elektroinstallationen, Wasser- und Abwasserversorgung. Damit ist z.B. bei der Raumschutzhülle gemeint: Haben denn diese Bauten irgendwie durch Umbauten illegale Kernbohrungen erfahren, so dass die ganze Hülle verletzt wäre? Oder gibt es Risse, so dass man Armierungseisen sehen würde? Bei den Schutzraumabschlüssen geht es darum, ob die Schleusen auch dicht sind. Kann man diese Betontüre überhaupt auf und zu machen oder auch nicht? Auch bei der Belüftung, funktioniert denn eigentlich die vorhandene Belüftung? Dasselbe beim Elektrischen: Sind alle Leitungen, Schalter vorhanden etc.? Bis hin zur Abwasserversorgung: Habe ich Pumpen, habe ich funktionierende Pumpen, habe ich genügend Wassertanks und nicht zu vergessen, wie schmeckt das Wasser dann auch? Vielleicht haben wir noch andere Ursachen, die man so aufgrund der Mindestanforderungen nicht sieht.

Die Anlagen werden auch in Betrieb gehalten. Das ist auch eine Forderung des Kantons. Dazu zählen die verschiedenen Punkte, die wir hier aufgelistet haben. Zu erwähnen sind kleinere Reparaturen, Serviceverträge, periodische Kontrollen. Auch Spülen von Sicker- und Kanalisationsleitungen sind Gegenstand der betrieblichen Massnahmen, die man haben muss. Der Kanton beteiligt sich finanziell daran, und zwar mit dem Sinn, dass, wenn man diese Anlagen nicht stetig immer auch betreiben würde, d.h. die technischen Sachen, dann könnten sie auch Schaden nehmen und das möchte man z.B. nicht. Verantwortung, irgendjemand muss ja schlussendlich verantwortlich sein. Das ist das Bundesamt für Bevölkerungsschutz. Es legt die Mindestanforderungen für die Ausrüstung und Beschaffenheit solcher Schutzbauten in der jeweiligen technischen Weisung fest. Sie sehen da rechts: TWK 2017. Das ist die aktuelle Weisung aus dem Jahr 2017. Nun, es ist so, es gilt aber bei den Anlagen eine Bestandsgarantie der jeweiligen Weisung aus dem Baujahr der Anlage. Will sagen: die älteste Weisung ist meines Wissens Ende der 60er-Jahre entstanden, vielleicht die zweite irgendwann einmal Mitte 70er, wenn eine Anlage 1969 gebaut wurde, zählt die technische Weisung von 1968 als grundlegend bis in die Gegenwart. Die Kontrolle über den Zustand der Anlagen findet spätestens alle 10 Jahre durch den Kanton statt. Der Kanton hat bei seinen bisher durchgeführten Kontrollen kleinere, aber unwesentliche Mängel festgestellt. Alle Anlagen erfüllen die Mindestanforderungen so, wie sie zuvor genannt wurden.

Der Unterhalt. Etwas macht auch die Gemeinde. Und zwar machen wir das gemäss der Unterhaltscheckliste. Es sind verschiedene Arbeiten, die die Gemeinde auch ausführen muss. Maler, Bodenbelagsarbeiten, Schimmelbekämpfung - ist ein wichtiges Thema -, Mobiliar, grundsätzliche sanitäre Installationen prüfen, Wasser- und Abwasserleitungen bis hin zu mechanischen Installationen prüfen, damit die alle vorhanden sind. Wir haben diese UCL, diese Unterhaltscheckliste, das ist ein sehr umfangreiches Papier. Gemäss diesem wird der Anlageverantwortliche jede Anlage prüfen, anschauen und Mängel zum Teil auch feststellen, bzw. dann melden, damit man sie behoben werden können. Diese Anlagen werden grundsätzlich wirtschaftlich unterhalten. Das will sagen: Auf kostspielige und vom Bund oder vom Kanton nicht vorgeschriebene Investitionen wird bewusst verzichtet. Alle Investitionen werden aus Kostengründen zusammen projiziert und auch ausgeführt.

Weil kein bewaffneter Konflikt als Szenario bevorsteht, wurden gewisse Arbeiten schlichtweg zurückgestellt. Das ist so. Der Gemeinderat anerkennt aber, auch aufgrund dieser Diskussion, dass der laufende Unterhalt zeitnah und mit dem Budget entsprechend angegangen werden soll. Auch deshalb wurde bestimmt, dass man das Budget von 24' auf 40'000 Franken erhöhen soll, damit solche Massnahmen auch in Angriffe genommen werden können. Danke schön. Ich hoffe, ich hätte damit zwei, drei Worte aus der Sparte Sicherheit über die Zivilschutzanlagen verlieren, Klärungsbedarf schaffen können, die hoffentlich mehr Antworten als Fragen aufkommen lassen. Falls es Fragen im Anschluss gibt, nehme ich sie selbstverständlich gerne entgegen. Vielleicht kann ich die eine oder andere sogar noch beantworten. Merci für die Aufmerksamkeit.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank, Philippe. Das Info-Fenster ist eigentlich nicht dazu da, eine Diskussion zu führen. Nichtsdestotrotz ist nun doch eine Anfrage eingetroffen. Ich bitte, diese Frage kurz zu halten, so dass wir nachher nicht eine lange Diskussion starten.

**Henry Vogt**, GPK-Präsident: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Es ist nicht eine Frage. Ich will nur als GPK-Präsident kurz etwas dazu sagen. Zuerst danke schön an den Gemeinderat für die Aufbereitung dieses Themas. Auch die GPK sieht diesen Bericht zum ersten Mal. Wir werden diese Präsentation sicher überarbeiten und wie mit Gemeinderat Philippe Hofmann abgemacht, zusammen besprechen. Danke schön.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Vor zwei Jahren hatte mein Vorgänger, Roman Klauser, die Gelegenheit, Ihnen die Beantwortung der Motion SP Nr. 4295 vorzustellen. Sie haben sich damals dazu entschlossen, diese Motion nicht abzuschreiben. Unterdessen

---

ist aber die Zeit nicht stehen geblieben, sondern der Gemeinderat hat sich entschlossen, intensivere Abklärungen vorzunehmen. Deshalb werden wir in der Lage sein, so mein Zwischenbericht, im ersten Quartal 2021, also anfangs nächstes Jahr, Ihnen darüber zu berichten. Integrationskonzept, also es geht um die Eingliederung fremder Menschen in Allschwil. Das Projekt heisst Communis.

## FRAGESTUNDE

**Christian Kellermann**, Präsident: Es sind acht Fragen eingegangen. Ich schlage vor, dass wir mit der Frage von Martin Münch starten würden, betreffend Ausfahrt aus der Recyclingstation an der Kiesstrasse 24. Würdest du deine Frage noch einmal erläutern fürs Protokoll, danach würde der entsprechende Gemeinderat die Antwort dazu geben.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Es ist einem Einwohner aufgefallen, dass, wenn man aus dem SRS-Areal hinausfährt, eigentlich einen Blindflug macht nach links und rechts, weil die Abschränkung links und rechts des SRS durch einen Zaun mit Baublachen oder ähnlich die Sicht eingeschränkt ist. Man fährt raus, ist mit der Schnauze des Autos bereits mitten auf der Strasse und erst dann sieht man, ob links oder rechts ein Auto kommt. Diese Situation ist aus unserer Sicht relativ gefährlich. Ob man nicht einen oder zwei Verkehrsspiegel vis-à-vis anbringen könnte, die den sicheren Blick nach links und rechts ermöglichen und damit eine sichere Ausfahrt möglich wird.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Es ist so, die Firma SRS kann, bzw. muss bei Bedarf ein solches schriftliches Gesuch selbst stellen, und zwar direkt an die Gemeindepolizei. Mir wurde seitens Gemeindepolizei beschieden, dass so ein Gesuch aus folgenden Gründen nicht wahnsinnig Aussicht auf Erfolg hat. Eigentlich könnte die Firma SRS diese Ausfahrtssituation vor allem auf ihrem eigenen Areal selbst anpassen und verbessern. Dieser Hag muss nicht so wie jetzt ausgestaltet sein, das kann man auch anpassen. Damit könnte man die Sichtwinkel schon mal viel besser gewährleisten. Das Areal auf der anderen Strassenseite ist zurzeit im Bau, und auch das Trottoir gegenüber wird umgebaut werden. Schon nur deswegen einen geeigneten Standort für die Spiegel zu finden, ist langfristig sicher nicht gegeben. Kurzfristig etwas in der Art zu machen ist auch nicht das Wahre, wenn man nicht weiss, wann sie wieder weg müssen oder durch den Bau beeinträchtigt werden. Grundsätzlich benötigt es bei den Spiegeln sogar einen Stromanschluss - habe ich mir sagen lassen. Denn an kalten Tagen werden sie beheizt. Verkehrsspiegel gaukeln eine falsche Sicherheit vor. Das kommt noch dazu. Man sieht darin nicht alles, und sie sind zum Teil auch sehr klein. Man darf nicht ganz vergessen, ein Spiegel ersetzt nie ganz das vorsichtige Herausfahren und das sich Herantasten in den Verkehr. Das muss man einfach immer so mitnehmen. Schliesslich unterstützt der Bereich BRU seit einigen Jahren das Aufstellen auf der Allmend nicht mehr. Dies hauptsächlich aus Haftungs- und Wartungsgründen. Sollte z.B. der Spiegel verstellt oder beschädigt sein, müsste man dafür dann wieder in die Bresche springen. Verkehrsspiegel müssen daher seit einigen Jahren grundsätzlich vom Gesuchsteller selbst finanziert und auf privatem Areal erstellt werden. Das ist etwa die Antwort.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ist die Frage soweit beantwortet? Ja, sie ist beantwortet. Dann gehen wir zur nächsten Frage von Lucca Schulz betreffend Corona Hilfspaket.

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Am 26. Juni hat die Gemeinde eine Medienmitteilung herausgegeben, dass man 300'000 Franken des Corona-Hilfspaketes bereits verteilt habe. Im Hilfspaket sind aber auch noch 200'000 Franken mehr gesprochen worden für Privatpersonen und Familien. Dazu habe ich folgende zwei Fragen. 1. Wie viele Privatpersonen oder Familien haben bisher Geld aus diesem Nothilfefonds erhalten, und wie wurde die Verteilung dieser Leistung geregelt? 2. Im Speziellen, wie viele Familien wurden mit externen Betreuungsangeboten oder Betreuungshilfen und/oder sozialpädagogischen Familienbegleitungen unterstützt? Merci.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Vielen Dank für diese Frage. Ich habe allerdings die Details nicht dabei, dafür möchte ich mich entschuldigen. Aber ich habe in Erinnerung, unser Bereich Soziale Dienste bearbeitet alle Gesuche selbst und hat auch schon einiges Geld davon an verschiedene Familien ausgeschüttet. Das ist an bestimmte Bedingungen geknüpft. Diese Bedingungen finden Sie auch im Internet auf der Homepage, also im offiziellen, öffentlichen Web der Gemeinde Allschwil. Grössenordnung wurden ca. 20'000 Franken schon ausbezahlt. Die Leute werden auch durch die Mitarbeiter der Sozialen Dienste betreut. Dadurch bin ich der Meinung, sind sie gut betreut. Aber wir haben das Geld bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ist diese Frage beantwortet? Das wird mit Kopfnicken bejaht. Dann haben wir Nico Jonasch bezüglich Kreisel Ziegeleihaltestelle.

**Nico Jonasch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen, geschätzte Einwohnerräte. Es ist eigentlich eher eine spontane Frage, die während der letzten Fraktionssitzung aufkam. Ich bin sehr viel in Allschwil unterwegs und fahre sehr viel am Ziegeleikreisel vorbei. Dieser kommt mir einfach sehr konzeptlos rüber. Gibt es, weil es eine Kantonsstrasse ist, irgendeinen Vorstoss der Gemeinde an den Kanton, ob man das mit der ganzen Bepflanzung ändern könnte, so dass er ein wenig ansprechender aussieht?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Danke für diese Frage. Das ist dem Bereich Bau Raumplanung Umwelt auch aufgefallen, dass der nicht sehr ansprechend ist. Man ist auf Kanton und BVB zugegangen. Die sind noch so froh, wenn man sich dem annimmt. Die Idee für dort wäre Winterflor und dann Sommerflor. Eine Idee haben sie auch mit dem Aufstellen einer Ziegelpressmaschine. Nur diese muss noch gefunden werden. Wenn jemand jemanden kennt, der im hintersten, untersten Ecken so etwas Ähnliches noch hat, dann wäre man froh, wenn man sich beim Bereich Bau Raumplanung Umwelt melden würde. Soll ich gleich weiter machen? Astrid Kaiser hat eine ähnliche Frage gestellt über den Kreisel beim Jumbo. Ich glaube wir nehmen das auf. Wir haben, ihr habt es gesehen, der Kreisel Grabenring, in unserem Werkhof kreative Leute, sie machen das wirklich gerne, dieser Kreisel wurde mit Herzblut gemacht. Ich kann mir gut vorstellen, dass sie auch hier Ideen entwickeln werden. Ich nehme das auf und melde es weiter.

**Astrid Kaiser**, FDP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Herr Präsident. Ich habe noch eine Anschlussfrage. Das wurde von Franz Vogt ja wunderbar beantwortet. Hätte der Gemeinderat allenfalls Musikgehör, wenn Privatpersonen, z.B. eine Interessengemeinschaft, sich um die temporäre Pflege des Kreisels Jumbo kümmern würde? Wäre das eine Idee?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ja, man müsste das anschauen. Ich weiss nicht, wie heikel das verkehrstechnisch ist mit so einem Kreisel. Aber selbstverständlich wäre man um Ideen immer froh. Ja, also melde dich doch am besten bei Adrian Landmesser.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die nächste Frage kommt von Mark Aellen betreffend Sperrung Strasse Schönenbuch.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Wir wurden offensichtlich am 28. August informiert, dass die Strasse nach Schönenbuch am 30. August gesperrt ist. Übrigens es fährt kein Bus ab Dorfplatz. Meine Frage an den Gemeinderat, bzw. an die Gemeinde: Wurdet ihr da miteinbezogen und wenn ja, was waren eure Anforderungen an diese Massnahme?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Es ist ja, glaube ich, bekannt, ich glaube am 28. wäre es gewesen, als man den Deckbelag der Schönenbuchstrasse machen wollte, die ja umgebaut wurde. Wegen starken Regens konnte das nicht stattfinden. Ich meine, es sei nun auf den nächsten Sonntag geplant. Eben Sonntag, dann, wenn es am wenigsten Verkehrsbehinderungen gibt. Jetzt wisst ihr alle, wo Schönenbuch liegt. Ich weiss nicht, wie viele Dörfer es in der Schweiz gibt, die über genau eine geteerte Strasse aus der Schweiz her erschlossen sind. Die Umleitung geht über Neuwiller. Das wäre am letzten Wochenende, an dem es geplant war, ein Problem gewesen, weil sie das obligatorische Schiessen hatten. Nun stellt euch vor, diese Leute kommen mit dem Sturmgewehr und fahren über Neuwiller - das wäre auch keine gute Idee gewesen. Das Problem löste sich nun von allein wegen des Starkregens. Ja, den Bus können wir auch nicht gut über Schönenbuch fahren lassen. Es ist eine Kantonsstrasse. Der Kanton hat das so entschieden. Wir waren nicht direkt involviert, aber informiert.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ist die Frage soweit beantwortet, Mark?

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Beantwortet im eigentlichen Sinne ja. Aber sehr unzufriedenstellend. Es geht um die Allschwiler und nicht um die Schönenbacher. Dass Allschwiler keine öffentliche Verkehrsverbindung haben und man sich nicht gross darum kümmert ist meiner Meinung nach nicht gerechtfertigt.

**Christian Kellermann**, Präsident: Dann wäre Barbara Grange betreffend Baugesuch/Baubewilligung Wegmatten- und Sturzenegger-Areal an der Reihe.

**Barbara Grange**, SP-Fraktion: Geschätzter Rat. Ich wurde von einer Nachbarin im Pensionsalter angesprochen. Sie hätten mit Begeisterung gehört, dass im Wegmatten- und Sturzenegger-Areal je Alterswohnungen geplant seien. Sie wollten sich erkunden, weil das auch für sie in Frage käme. Sie hätten dann die Antwort erhalten, es gäbe dafür noch nicht einmal Baubewilligungen. Ich dachte, ich frage einfach mal nach, wie es aussieht. Wurden für diese Areale schon Baugesuche eingereicht? Wurden unterdessen Baubewilligungen erteilt? Wie sieht das im Zeitplan aus, also wann können Leute konkret beginnen, sich für diese angedachten Wohnungen zu interessieren?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, Barbara. Für die Wegmatten wurde bereits letztes Jahr im August ein Baugesuch eingereicht und dieses Jahr am 22. Juli bewilligt. Für das Sturzenegger-Areal gab man auch bereits ein Gesuch ein. Dieses wurde aber noch nicht bewilligt, es fehlen noch ein paar wenige Dokumente, damit es auch bewilligungsfähig ist. Für die Wegmatten hat man gesagt, dass man sich eigentlich am Schalter der Bauverwaltung im 1. Stock der Gemeindeverwaltung einschreiben kann. Sie führen eine Liste, die allerdings nicht verbindlich ist, sondern sie wird einfach an die Betreiber der Alterswohnungen weitergegeben.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ist es soweit in Ordnung, Ist die Frage beantwortet?

**Barbara Grange**, SP-Fraktion: Ja, herzlichen Dank. Habe ich es richtig verstanden, man kann sich auf der Gemeinde als Interessent für die Wegmatten auf Listen eintragen? Wird es dann auch irgendwann einmal eine solche Liste geben für Interessenten für das Sturzenegger-Areal?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Das kann ich nicht sagen, weil der Betreiber die Bürgergemeinde ist... Ah, Philippe weiss mehr.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Gut, nun rede ich als Bürgerrat, denn das ist Sache der Bürgergemeinde. Tatsächlich gibt es eine Liste. Man kann sich also auch auf der Bürgergemeinde melden und dort bei Frau Rauber deponieren, dass man an diesen Wohnungen Interesse hat. Es werden die Adressen aufgenommen. Wir sind daran, sie zu sammeln, und nehmen sie soweit einfach entgegen. So viel kann ich aktuell sicher dazu sagen. Interessieren darf sich jeder, das stimmt, ja.

**Christian Kellermann**, Präsident: Dann haben wir noch zwei Fragen von Ueli Keller betreffend Gemeinschaftsbildung als Prävention und Marchons sur les aéroports.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe vor etwa gut einem Jahr drei Postulate eingereicht, Aneluege und luege, dass gluegt wird beim Flugverkehr. Und zwar beim Regierungsrat Basel-Landschaft, Regierungsrat Basel-Stadt und beim Bundesrat. Dieser Stillstand beim Flugverkehr ist kein Erfolg der Postulate, das ist mir klar. Was bei diesen verantwortlichen Gremien beim Flugverkehr in der Zwischenzeit abliefe, scheint aber nicht allzu viel zu sein. Ich schrieb selbst drei Mal der Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und habe nun zum dritten Mal eine Antwort erhalten. Diese Antwort ist super-suboptimal. Erstens gibt sie den Franzosen Schuld und zweitens sagt sie, man könne sowieso nichts tun. Drittens schreibt sie, unsere Bundespräsidentin, beim Flugverkehr nur vom Lärm. Umweltschäden, Klima? Niet! Am 3. Oktober gibt es eine Aktion „Marchons sur les aéroports“. Ich möchte den Gemeinderat fragen, ob er die Gelegenheit nutzen möchte, um der Bevölkerung zu zeigen, dass er immer noch ernsthaft an der Sache dran ist, indem er die Bevölkerung auf diese Aktion aufmerksam macht und zur Beteiligung auffordert. Wenn der Gemeinderat ja sagt, würde mich das sehr freuen. Ich möchte gerne wissen, wie er kommunizieren würde. Gibt es eine Koordination mit vielen anderen Beteiligten? Wenn der Gemeinderat nein sagt, dann möchte ich wissen, warum.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Dankeschön wurde das Thema Fluglärm auch noch aufgegriffen. Der Marchons sur les aéroports ist eine französische Organisation, der grundsätzlich mal dazu aufruft, zu den Flughäfen zu marschieren. Ich habe das im Gemeinderat eingebracht. Der Gemeinderat war aber dezidiert der Meinung, dass wir das von offizieller Seite der Gemeinde Allschwil her so nicht postulieren wollen. Wir sehen aber, dass Ueli Keller bestens vernetzt ist und gute Kontakte hat und durch seinen Auftritt auch hier an diesem Abend bereits einen Aufruf zu diesem stattfindenden Anlass starten konnte. Der Gemeinderat ist eben der Meinung, dass es für ein politisches Gremium nicht angezeigt ist, zu solchen Massnahmen, zu einem solchen Schritt aufzurufen und die Bevölkerung sozusagen zu einem, im weitesten Sinn ja zivilen Ungehorsam aufruft. Sondern, wir wollen uns gerne unsere vorhandenen Chancen bewahren, damit wir mit den einzelnen vorhandenen Stellen aber auch mit dem Flughafen auf dem politischen Diskurs bleiben. Es ist zugegebenermassen mühsam und nicht immer sehr gewinnbringend. Das muss man sagen. Leider sind aber die Möglichkeiten der Gemeinde Allschwil relativ beschränkt. Nichtsdestotrotz, wir tun alles, was uns an Möglichkeiten zur Verfügung steht. Zum Beispiel

---

haben wir am 17. September 2020 das nächste Gespräch mit dem Regierungsrat Basel-Landschaft, das wir wieder in Angriff nehmen werden. Nicht zu vergessen, wir haben noch eine Petition hängig. Auch dort haben wir eine Antwort erhalten, mit der wir nicht zufrieden sind. Wir werden wieder auf den Regierungsrat zugehen. Wir werden weitere Gespräche mit ihnen suchen. Auch seitens des GVF sind Gespräche, unter anderem auch mit Remo Kron in Aussicht gestellt, die wir weiter in Angriff nehmen können.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke für die Antwort. Dann heisst es halt Marchons ohne Gemeinderat. Meine zweite Frage ist etwas, das mir wirklich Sorge bereitet, beinahe noch mehr als der Fluglärm, der ist lästig. Aber Sorge bereitet mir die gesellschaftliche Entwicklung, die wir im Zusammenhang mit oder in der Folge von Corona und den jetzigen Krisen haben, ausgelöst wird. Mir macht es Sorge, dass eine zunehmende Verunsicherung der Bevölkerung und Aggressionsbereitschaft vorhanden ist. Auch wenn wir es nicht wahrhaben wollen, es ist so. In diesem Zusammenhang frage ich den Gemeinderat an, ob er bereit ist, etwas für die Gemeinschaftsbildung zu tun. Gemeinschaftsbildung geht in Richtung, Menschen auf die schwierige Situation sensibilisieren und eine Sorgeskultur und Kümmererkultur in Allschwil aufbauen. Ich frage den Gemeinderat konkret, ob er dies selbst an die Hand nehmen will, spontan und direkt, oder ob es dafür einen politischen Vorstoss benötigt. Mir ist es ernst.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Dankeschön. Diese Frage fällt mir als Sozialverantwortlicher zu. Ich kann Ihnen versichern, dass aktuell nun eben gerade das Projekt Communis läuft. Ich habe zuvor gesagt, bei Communis geht es um Integration von fremden Menschen. Aber wenn ich nun auch noch gleich kurz aus dem Nähkasten plaudern darf: Wir haben natürlich jetzt erkannt, dass man nicht nur die fremde Bevölkerung integrieren kann, nein, es benötigt auch Einheimische. Genau dort, worüber uns Ueli Keller berichtet hat, setzt es an. Wir möchten erreichen, dass wir diese Gemeinschaftsbildung in Allschwil fördern. Dazu ist Communis eines der möglichen Projekte. Ich bin der Meinung, es benötigt im Moment nichts anderes.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön, ich werde es mir gleichwohl noch einmal überlegen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wir haben nun alle vorgängig schriftlich eingereichten Fragen behandelt. Jetzt kommen wir noch zu den mündlichen.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Dankeschön, geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das ist eine schriftliche Frage, die ich am 1. September gestellt habe: Im September 2016 habe ich das Postulat über die Verkehrssituation Kreuzung Fabrikstrasse und Lettenweg gestellt. Am 4. Dezember 2019 wurde der Gemeinderat von uns beauftragt, Variante 3 Minimal aus dem Kommissionsbericht Geschäft 4313 F auszuführen. Wie ist nun der Stand und wann wird der Beschluss des Einwohnerrats ausgeführt? Danke schön.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Danke. Dies wurde ursprünglich mal im Bereich Sicherheit aufgenommen. Daher beantworte ich es noch als Ressortverantwortlichen, ist aber mittlerweile im Bereich BERU untergegangen, weil es ein Bauprojekt ist. Trotzdem haben wir die Informationen der Sicherheit eingeholt und können Ihnen Folgendes sagen: Es ist so, dass das Projekt aufgrund der aktuellen Situation, COVID 19, das haben Sie sicher schon x-mal gehört, zurückgestellt wurde und andere Dinge vorangetrieben wurden, insbesondere Parkraumbewirtschaftung und Tempo 30. Dann ist es so, dass eine schriftliche Anfrage an den Kanton bezüglich der Kostenbeteiligung im Bereich BERU in Arbeit ist. Der Kanton hat sich allerdings bereits mehrfach mündlich und auch schriftlich dazu geäußert, dass er eine Kostenbeteiligung ausschliesst und die von der Gemeinde geforderten baulichen Massnahmen nicht unterstützt. Es ist auch in einer schriftlichen Anfrage davon auszugehen, dass sich der Kanton nicht an den Kosten beteiligen und diese Massnahmen auf seiner Strasse konsequent verweigern wird. Würde aber die Gemeinde trotzdem ein allfälliges Strassenbauprojekt mit der Variante 3 planen und ein Baugesuch einreichen, so hat der Kanton bereits Widerstand (Einsprachen) angekündigt. Demnach müsste die Gemeinde also den Rechtsweg beschreiten. Es ist aus heutiger Sicht davon auszugehen, dass ein allfälliger Entscheid aus einem Prozess eher zugunsten des Kantons ausfallen wird. Weil die Strassenhoheit halt ausschliesslich beim Kanton liegt. Mit diesem Vorgehen stellt sich natürlich auch die Frage nach dem Kosten-Nutzenverhältnis für die Gemeinde und ob es verhältnismässig ist, den damit verbundenen Aufwand mit diesen Kosten zu betreiben, da schon im vornherein sehr wahrscheinlich ist, dass die Gemeinde auf dem Rechtsweg scheitern wird. Nachfolgend noch zur Variante 3 Minimal, damit man einfach noch schnell weiss, was gemacht werden müsste. Es geht darum, dass man eine Fussgängerschutzinsel und Strassenquerung verschiebt, die Breite der Strasse und des Trottoirs anpasst, die Zufahrt ins Industriequartier Lettenweg muss weiterhin möglich sein, diverse Anpassungen, also der Strassengeometrie, der Signalisation, zusätzlich müssen solche auf privaten Grundstücken neu verschoben, bzw. neu gebaut werden. Im Mündungsbereich soll ein Geländer

erstellt werden, um die Querung zu verhindern, aber es ist zum Glück kein Landerwerb erforderlich, hingegen entfallen fünf Parkplätze. Kosten? Es steht da: ca. 163'919 Franken.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Vielen Dank für diese Antwort. Das heisst kurz zusammengefasst, es wurde nichts getan und ihr habt auch nicht vor, irgendetwas zu tun, obwohl es ein Beschluss des Einwohnerrats ist. Danke schön.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Das ist nicht ganz richtig, hättest du gut zugehört. Wir haben nämlich gesagt, ich wiederhole es gerne noch einmal, um es klar zu stellen, es ist nicht, dass man nichts macht, sondern eine schriftliche Anfrage an den Kanton ist beim Bereich in Arbeit. Wir werden sie auch tatsächlich einreichen. Die Antwort wird dann kommen. Ob sie so ausfällt, wie bereits erläutert, wird sich zeigen. Aber nichts tun, das stimmt nicht ganz.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die nächste Frage kommt von Florian Spiegel.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Herzlichen Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Mir wurde einmal an einer Einwohnerratssitzung gesagt, dass, wenn das Einwohnerratsbüro zur Abklärung von inneren Angelegenheiten einen Auftrag geben will, muss es aufgrund von rechtlichen Voraussetzungen den Auftrag des Einwohnerrats haben. Ich möchte gerne wissen, aufgrund welcher rechtlicher Auflagen dieser Auftrag überwiesen werden muss.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wer möchte dazu antworten?

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich bin auch mit einer schriftlichen Beantwortung bis zur nächsten Sitzung zufrieden, damit Herr Spinnler genügend Zeit hat.

**Rudolf Spinnler**, Rechtsdienst: Grundsätzlich ist es so, dass der Weg vom Einwohnerrat zur Verwaltung immer über den Gemeinderat gehen muss. Ein Einwohnerrat kann einem einzelnen Verwaltungsmitarbeiter keinen Auftrag erteilen. Deshalb haben wir das so Herrn Kellermann gezeigt, dass ein Auftrag vom Einwohnerrat an den Gemeinderat gehen muss. Der Gemeinderat beauftragt dann die Verwaltung, irgendwelche Massnahmen zu ergreifen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Reicht diese Beantwortung so, Florian?

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich nehme es mal so auf.

**Christian Kellermann**, Präsident: Dann gibt es noch eine Frage von Beatrice Stierli.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Ich habe noch eine kurze Frage. Wie steht es in Allschwil mit der Fasnacht 2021? Es In Basel laufen die Gespräche schon rund. Das würde mich interessieren.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Liebe Bea, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzter Präsident. Ich habe schon gedacht, ich habe heute einen ganz ruhigen Abend, einen interessanten, ich darf nur zuhören. Jetzt habe ich doch noch eine Frage zu beantworten. Vielen Dank, Bea. Zu deiner Frage kurz eine Antwort. Wie ich gehört habe, wartet die WVC, die ja Organisatorin der Allschwiler Dorffasnacht ist, auf den Entscheid von Basel-Stadt. Wenn dieser gefällt ist, wird man ihn auch bei uns fällen.

**Mehmet Can**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe eine Frage betreffend Feuerwehr Allschwil. Ist allenfalls noch in diesem Jahr eine Investition vorgesehen? Falls ja, wann? Ob das nun Fahrzeug, Material oder sonst was ist. Weiss man das?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Dankeschön für die Frage. Gemäss dem Budget gibt es einen Posten, der Investitionen zulässt, die auch fürs 2020 vorgesehen sind. Die Frage ist nun aber ein wenig spontan, um im Detail sagen zu können, ob sämtliche Investitionen, bei denen alles Mögliche aufgelistet ist, bereits erfolgten und ob das Material bereits hier ist. Gibt es eine konkrete Frage dazu, ein konkretes Produkt oder irgendetwas? Oder woher kommt die Natur dieser Frage?

**Mehmet Can**, SP-Fraktion: Konkret geht es um die Anschaffung von Fahrzeugen oder Fahrzeugteilen.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Nicht im Jahr 2020.

**Christian Kellermann**, Präsident: Gibt es noch weitere Fragen? Wenn nicht, fahren wir mit Traktandum 2 weiter.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, zum Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.5.2018, betreffend Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4396 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person, Etienne Winter.

**Etienne Winter**, SP Fraktion: Ich verzichte gerne auf mein Recht und lasse gerne den Gemeinderat seine Antwort vorstellen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Etienne. Seit mehr als zwanzig Jahren wird in unregelmässigen Abständen um eine Bibliothek oder jetzt Mediathek in Allschwil angefragt, zum Teil auch gefordert. Mit einem Beitrag von jährlich 35'000 Franken an die GGG wird der Allschwiler Bevölkerung die Ausleihe ermöglicht, zu den gleichen Konditionen, wie sie die Einwohnerinnen und Einwohner von Basel-Stadt in den Mediatheken der GGG haben. Das heisst, wir können Bücher, CD, DVD etc. zu denselben Konditionen ausleihen. Dieses Modell hat sich über die Jahre bewährt und deckt die bisher bekannten Bedürfnisse der Allschwiler Einwohnerinnen und Einwohner ab. Zum Postulat im Einzelnen: Als es eingegeben wurde, stand die Villa Guggenheim lange Zeit leer. Die Frage nach einer Nutzung drängte sich damals tatsächlich auf. Mittlerweile ist diese Villa wieder in Betrieb. Wie Sie wissen, sind dort die Schulleitung und der Bereich BEK der Gemeindeverwaltung untergebracht. Daher auch die Änderung des Postulats auf „weitere Möglichkeiten in Allschwil“. Der Gemeinderat erachtet es jedoch viel wichtiger als den Ort, dass man vorher einen sichtbaren, veränderten Bedarf nach einer Gemeindebibliothek oder Gemeindemediathek überhaupt einmal aufzeigt. Erst danach kann über die Ziele, den Betrieb, die Trägerschaft und Investitionskosten und dann allenfalls auch über einen möglichen Standort gesprochen werden. Ein Wort vielleicht noch schnell zur zweiten Nutzung, den Sitzungsräumen, die im Postulat auch für Parteien, Vereine und andere Organisationen gefordert ist. Auch hier wäre eine Bedürfnisabklärung bei den jeweiligen Protagonisten von Vorteil, so dass ein allfälliger Bedarf sichtbar wird. Dem Gemeinderat ist aber ein solcher Bedarf im Moment leider nicht bekannt. Deshalb bittet Sie der Gemeinderat, das Postulat abzuschreiben, so dass unter Umständen auch Möglichkeiten und Wege frei werden, um sich diesem Thema in dieser Art und Weise, wie ich es jetzt versucht habe zu schildern, noch einmal anzunehmen.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Normalerweise danke ich eigentlich immer zuerst für die Antwort des Gemeinderates und der Verwaltung. Aber in diesem Moment muss ich zuerst einmal dem Einwohnerrat danke sagen. Weil, wie es Christoph schon gesagt hat, dieses Thema ist in Allschwil wahrscheinlich noch älter als 20 Jahre. Ihr wisst, wir sind die einzige Gemeinde im Bezirk Arlesheim, die keine eigene Gemeindebibliothek/Mediathek führt. Das war der ausschlaggebende Punkt, um eigentlich mal abzuklären. Sonst hatten wir immer diese politische Debatte, brauchen wir nicht, wollen wir nicht, sollen wir nicht. Aber einfach mal Zahlen, Fakten schaffen, das unterstütze ich generell immer. Bevor über etwas wirklich diskutiert werden soll, brauchen wir zuerst einmal fundierte Zahlen. Ich möchte euch in diesem Moment eben auch danken, dass wir das mal zugelassen haben.  
Zu den einzelnen Aufgaben: Der Gemeinderat hat gerade zuvor gesagt, wie er es beantwortet hat, aber keine einzige Sache, die hier nun eigentlich wirklich erläutert wurde, war der Kern dieser Beantwortung. Wenn wir den Antrag lesen, heisst es ja, wir haben Guggenheim rausgenommen. Ob in Zusammenarbeit eines Drittanbieters. ist hier nicht beantwortet. Es wurde einfach allgemein aufgegriffen, was müsste getan werden, was müsste angeschaut werden. Wie der Gemeinderat auch richtig antizipiert hat, bevor man die Räumlichkeiten hat, müsste man zuerst die folgenden Dinge anschauen. Das sind eben der Bedarf, die Ziele, das Betriebskonzept, Trägerschaft und Kosten. Das Postulat hat zwei dieser Dinge im Vordergrund gesagt. Das sind die Trägerschaft und die Kosten. Aber darauf wurde nicht wirklich eingegangen. Bei der Trägerschaft wollte ich eigentlich wissen, gibt es eine Institution, gibt es einen Verein, der Interesse hat, in Allschwil eine Bibliothek zu führen, unabhängig vom Ort. Hier lese ich davon nichts. Es wurde abgeklärt, wie viel gemäss GGG, wie gross muss der Wunsch sein, wie hoch würden

---

---

die Betriebskosten sein. Aber die Frage war eigentlich: Hat die GGG denn eigentlich Interesse? Der Auslöser war, ja okay, die GGG hat mal Land geschnuppert, ging nach Binningen und hat dort die Gemeindebibliothek übernommen. Das ist ein Novum, kantonsübergreifend. Dann wäre eigentlich die Abklärung gewesen, würde das ins Nutzerkonzept z.B. der GGG passen, auch in Allschwil eine Filiale zu betreiben. Wäre generelles Interesse vorhanden? Das wurde nicht abgeklärt, das finde ich schade. Das war einer der wichtigen Punkte. Aber nichtsdestotrotz, das ist eigentlich auch nicht die Debatte. Wir haben heute genau diese Situation, 35'000 Franken, die Allschwil in einem Gentleman Agreement der GGG gibt, damit wir mit denselben Konditionen wie in der Stadt arbeiten. Das ist eigentlich hier gar nicht gefragt. Ich wollte nur wissen, was die Fakten sind. Ich sage nicht, das Eine ist besser als das Andere, ich nehme es jetzt so entgegen. Für mich hat es einfach wenig Speck am Knochen. Ich weiss jetzt nicht, ob man jetzt einfach mal aus dem Geschäftsbericht, oder aus dem Bericht der Gemeinde Riehen ein paar Zahlen herausgefischt hat. Das wäre schade gewesen. Warum hat man nicht ein Telefon gemacht und mit ihnen einmal gesprochen, was eigentlich so alles dahintersteckt, sondern einfach mal ein paar Zahlen herausgefunden? Das habe ich ein wenig als schwach empfunden. Nichtsdestotrotz, ich danke für die Beantwortung und fürs Zuhören. Merci.

**Christian Kellermann**, Präsident: Vielen Dank Etienne. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Rita Urscheler**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich bin jetzt mit zwei Hüten hier. Der, der mich am meisten angesprochen hat ist: Ich bin vor 40 Jahren nach Basel gekommen als Bibliothekarin. Ich war bis vor fünf Jahren Leiterin der Bibliothek Basel West. Was ich klar sagen kann, es stimmt nicht, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung punkto Bibliothek in der Gemeinde Allschwil durch die Bibliotheken Neubad und Basel West abgedeckt sind. Wir haben aus der Benutzerforschung, die wir von der GGG Stadtbibliothek gemacht haben, immer genau bemerkt, dass das Dorf, also alles, was so nicht gerade grenznah ist, nicht in die beiden Bibliotheken ging. Das heisst, das sind jetzt weiche Faktoren, aber eigentlich ist der Bedarf wirklich vorhanden. Das andere, was Etienne bereits angesprochen hat, es gibt zwei Bibliotheken, die von der GGG Stadtbibliothek ausserkantonale geführt werden. Die eine ist Pratteln, die andere Binningen. Pratteln besteht schon etwas länger, Binningen ist neu. In Binningen war es so, dass eigentlich das Personal, die Trägerschaft von Binningen, auf die Direktion der Stadtbibliothek zukam. Was ich weiss, gut, ich bin jetzt seit fünf Jahren nicht mehr dort, aber was ich weiss, ich hatte dazumal als Bibliotheksleiterin zusammen mit der Direktion in Allschwil, in diesen vielen Jahren, in denen es ein Thema war, auch diverse Sitzungen. Die Stadtbibliothek GGG hat Interesse, zusammen mit Allschwil eine Bibliothek zu führen. Das kann ich jetzt inoffiziell sagen. Ich denke, wenn man dort hingehet und das anspricht, trifft man auf offene Ohren. Die 30' bzw. 35'000 Franken, die jetzt jährlich der GGG Stadtbibliothek überwiesen werden, sind nicht kostendeckend, dafür, was eigentlich die Einwohnenden von Allschwil der Bibliothek an Kosten generieren. Es ist also ein Entgegenkommen, so dass wir in Allschwil - obwohl eigentlich ich nicht voll gedeckt bin, wenn ich dort Mitglied bin - trotzdem zum gleichen, reduzierten Betrag lesen oder ausleihen dürfen. Das ist eigentlich so das Wichtigste. Merci.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte gerne nur kurz darauf hinweisen, dass die jüngsten Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil, also bis und mit 12, recht gut ausgebaute Schulbibliotheken haben. Im Dorf, im Quartier Gartenhof und in Neuallschwil. Die können regelmässig Bücher ausleihen und haben immerhin bis und mit 12 die Möglichkeit, auf eine Bibliothek zuzugreifen. Aber ab 12 weiss ich auch nicht richtig weiter.

**Christian Kellermann**, Präsident: Es sind keine weiteren Redner angemeldet. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht ist. Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4396 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates, Seite 5.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Das Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.5.2018, betreffend Prüfung einer Gemeindefiliale in der Villa Guggenheim, Geschäft 4396, wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Der Antrag wurde einstimmig mit 3 Enthaltungen angenommen.

Schlussabstimmung über dieses Geschäft:

://:

Das Geschäft ist einstimmig mit einer Enthaltung als Ganzes abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Bericht des Gemeinderates vom 12.8.2020, zum Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 19.11.2018, betreffend Lärmschutzprojekt LSP

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4425 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person, Etienne Winter. Aber auch hier wird das Wort zuerst Philippe Hofmann gegeben.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Danke schön, dann übernehme ich mal das Wort zum vorhandenen Postulat. Ausgangslage: Der Einwohnerrat hat ja am 4. Dezember 2018 bereits das Postulat betreffend Lärmschutzprojekt von Etienne Winter, von der SP-Fraktion, bestätigt und dem Gemeinderat zur Beantwortung überwiesen. Im Nachgang hat es zur Ergänzung dieses Postulats noch einen Fragenkatalog zur Beantwortung gegeben. Im Postulat gibt es zwei, bzw. drei verschiedene Punkte, die man beantworten muss. Nämlich, es geht um aufzuzeigende Massnahmen oder Massnahmenkombinationen, um die Kosten und um den dritten Punkt, es wurde schon angesprochen, in Form einer Aussicht auf das Prozessrisiko. Die offenen Fragen, das sehen Sie, sind zusätzlich weiter eingereicht worden, auf Seite 4 der vorhandenen Beantwortung. Die ganze Chronologie - es ist schon länger her, es ist schon sehr viel passiert zu diesem Thema. Man konnte es lesen, oder ich führe Sie noch einmal kurz durch, welche Massnahmen wir haben.

Belagsarten - das ist eigentlich die typische Massnahme - wir reden von diesen zwei Belägen SDA 8/12 und SDA 4/12. Das ist also die Belagsart, die 1 Dezibel schlucken kann, bzw. 3 dB schlucken soll. Die Baukosten dieser zwei Beläge sind quasi identisch. Was aber der grosse Unterschied ist, ist die Lebensdauer eines solchen Belags. Sie sehen ausgewiesen, dass ein SDA 8/12 so ungefähr 20 bis 25 Jahre heben soll, während ein Belag von 4/12 hingegen höchstens eine halb so lange Lebenszeit hat. Als weitere Massnahmemöglichkeit wurden Temporeduktionen eingeführt. Temporeduktionen um 10 km/h ergibt eine Senkung des Lärms um 1 dB, analog 20 km/h ergeben 2 dB Reduktion.

Weitere Massnahmen, die auch noch aufs Feld geführt werden könnten. hat man auch noch geprüft. Das sind z.B. Lärmschutzwände oder zeitlich beschränkte Temporeduktionen. Auch das wurde sorgfältig geprüft. Aber es hat sich bald herausgestellt, dass die nicht sinnvoll sind, bzw. nicht zielführend sind. Z.B. muss man sich vorstellen, dass, weil die Lärmschutzwände arbeiten, müsste man einen gewissen Perimeter haben, damit man diese überhaupt aufstellen kann. Dann ist es auch nicht unbedingt eine Augenweide, wenn zwischen Strasse und Anwohner bzw. Häuser grosse Wände stehen würden. Oder zeitlich beschränkte Temporeduktionen sind auch nicht sinnvoll, weil ausserhalb dieser Zeit der Lärm natürlich genau gleich wäre, wenn keine Temporeduktion wäre.

Es gäbe noch die Lärmreduktion mittels Schallschutzfenster. Auch dies ist nicht zielführend, weil es von der Gemeinde finanziell nicht unterstützt wird. Schallschutzfenster sind als sog. Ersatzmassnahme vorgesehen, aber nur bei Überschreitung des Alarmgrenzwerts.

Im Weiteren führt der Bericht auf, was die Wirksamkeit der verschiedenen, einzelnen Massnahmen sind. Wichtig, was gefordert wurde, ist auch der Entscheid des Gemeinderates. Warum haben wir eigentlich so überlegt und wie argumentieren wir im Ganzen. Das wird hier klar belegt. Wir haben uns für die verschiedenen Varianten, haben wir uns für SDA 8/12-Beläge ausgesprochen. Und zwar ist der Grund, dass wir überzeugt sind, dass in einem SDA 8/12 eine viel höhere Werthaltigkeit liegt. Nicht nur schon aufgrund des geringeren Instandsetzungszyklus. Eine Instandsetzung ist immer auch wieder mit einer entsprechenden Mehrbelastung für alle Anwohnerinnen und Anwohner verbunden und damit generieren wiederkehrende Kosten. Eine Temporeduktion auf einer Sammelstrasse kann auch nicht erfolgen, so lange in der Quartierstrassen rundum keine Temporeduktion umgesetzt wird. Das ist sicher nicht sinnvoll, denn so würde man eine Verlagerung des Verkehrs in die angrenzenden Quartiere fördern. Aus verkehrstechnischen Überlegungen besteht im ganzen Strassennetz eine Netzhierarchie. Dieser ist auch Rechnung zu tragen, was mit der Geschwindigkeit verbunden ist. Eine Reduktion der signalisierten Höchstgeschwindigkeit im Rahmen eines Lärmsanierungsprojekts wurde auch aufgrund des Erscheinungsbilds der bestehenden Netzhierarchie nicht zweckmässig eingestuft. Es würde bauliche

---

---

Massnahmen erfordern, die dann aber wieder unbedingt den Busbetrieb tangieren könnten. Das gibt dann eben die unnötigen Brems- und Anfahrmanöver mit entsprechenden Lärmemissionen. Bei der Umsetzung ohne bauliche Massnahmen hat man dementsprechend unverhältnismässig hohen Kontrollaufwand, was dann auch wieder unverhältnismässig hohe Kosten bezüglich Personalaufwands zur Folge hätte.

Zu guter Letzt: Es ist so, dass vom Volk bereits mehrmals der Vorschlag von Temporeduktionen abgelehnt wurde. Der Berücksichtigung von demokratisch gefällten Entscheiden gilt es, grosse Beachtung zuzumessen. Deshalb ist man in dieser Thematik mehrfach auf Ablehnung gestossen. Gestützt auf den Gemeinderatsbeschluss vom 31. März 2018 wurde dann am 19. Oktober den betroffenen Anwohnern und Anwohnerinnen mittels Informationsschreiben rechtliches Gehör gewährt. 39 Anwohner haben sich dann mit Beschwerden und der Androhung von Einsprachen geäussert. Das Anwaltsbüro Advotech, sie können das nachlesen, vertritt allein 29 der betroffenen Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer. Grundsätzlich gilt aber festzuhalten: Das Lärmschutzprojekt für die drei Gemeindestrassen hat die Abteilung Lärmschutz des Amtes für Raumplanung des Kantons Basel-Landschaft am 5. und 7. Februar 2019 genehmigt. Gestützt auf die bewilligten Lärmschutzprojekte könnte der Gemeinderat leicht eine Verfügung bei der Vollzugsbehörde, nämlich bei der Abteilung Lärmschutz, Amt für Planung Kanton Basel-Landschaft, beantragen. Der Gemeinderat hat aber am 20. März 2019 beschlossen, dass für die Beantwortung dieses vorliegenden Postulats noch einmal sämtliche Massnahmen zu prüfen und aufzuzeigen. Man hat sogar eine Zweitmeinung der Firma Gruner AG eingeholt. Am 21. März 2019 wurden auch alle Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer bzw. Anwohnerinnen und Anwohner über den Gemeinderatsentscheid und das weitere Vorgehen informiert. Auch die Firma Gruner AG hat verschiedentlich Möglichkeiten thematisiert, u.a. auch eine Modellkorrektur des Lärmschutzprojektes Spitzwald. Diese wurde jedoch vom Kanton abgewiesen. Die Resultate der Zweitmeinung von Ingenieur Gruner können Sie detailliert auf Seite 8 nachlesen, was empfohlen wurde.

Daraufhin kam ein Gesuch von Advokatin Simone Wiegers, welche diese 29 Einsprecher vertritt, zu einem runden Tisch. Der Gemeinderat folgte dieser am 7. August. Es waren mehrere Leute zugegen. Gemeinderat Christoph Morat, Roman Klausner und meine Wenigkeit, zusammen mit Adrian Landmesser haben wir an diesem Gespräch teilgenommen. Am 13. November wurde dann in dieser Sitzung auch festgehalten, dass für die Sanierung der Spitzwaldstrasse das Verständnis für den gesamten Strassennetzplan inkl. natürlich der jetzigen Grossbaustelle an der Baslerstrasse wichtig ist. Ich selbst wies darauf hin und wollte das Wort abnehmen, dass, solange eigentlich die Aorta - so muss man die Baslerstrasse bezeichnen - aktuell verkehrstechnisch nicht vollständig wiederhergestellt ist, man auch nicht an der Spitzwaldstrasse mit den Arbeiten beginnen möchte. In diesem Zusammenhang nahm man das eigentlich zur Kenntnis und hat gesagt, es sei in Ordnung, dass man mit einem Abschluss warten würde, bzw. mit dem Beginn zuwarten würde, bis das ganze Projekt abgeschlossen ist. Am 18. Dezember hat der Gemeinderat in diesem Fall noch einmal, aus den zuvor bereits erläuterten Gründen, wie Sie hier lesen können, folgende Massnahmen beschieden. Am 4. Dezember 2019 wurde, wie Sie alle wissen, eine Motion betreffend Tempo 30 in den Quartierstrassen eingereicht. Diese Motion wurde auch am 19. Februar an den Gemeinderat überwiesen. Nun haben wir's, dass dann diese Motion eigentlich vorliegt und mit dem Beschluss vom 23. Juni beantwortet der Regierungsrat als letzte noch vorhandene Massnahme die aufsichtsrechtliche Anzeige betreffend die vorhandene Lärmsanierung. So konnten wir nun mal das Ganze zum Abschluss bringen. Der Regierungsrat hat darin auch die Gemeinde Allschwil aufgefordert, dass im Betreff dieser Sanierungen sie es beförderlich zu einem Abschluss kommen lassen sollte. Was die Kosten anbelangt, sehen Sie auf Seite 9 ff. detailliert für die einzelnen Bereiche, diese drei Strassen, was wie viel alles kostet. Ich verzichte auf weitere Zahlendetails. Sie finden das alles zusammengefasst, um das Ganze nachlesen zu können. Ich möchte aber zum Schluss noch schnell auf das Prozessrisiko eingehen. Das ist der dritte, geforderte Punkt. Es ist so, dass bezüglich Lärmschutzmassnahmen von Strassenlärm derzeit wenig oder kaum Gerichtsentscheide vorliegen. Aus diesem Grund gibt es auch keine Vergleichsfälle, die eine Einschätzung des Prozessrisikos so erlauben würde. Vergleiche mit Fluglärm sind so oder so nicht verlässlich. Weiter unten können Sie noch lesen, das Bundesgericht hat sich zwar nicht generell für Tempo 30 ausgesprochen, hat aber klar die Vollzugsbehörde auch an ihre gesetzlichen Pflichten erinnert, den Gesundheitsschutz aufgrund des hohen Stellenwerts hinreichend zu berücksichtigen. Gewisse Verwaltungsgerichte sind diesem Beispiel des Bundesgerichts auch schon gefolgt und haben Beschwerden von Anwohnern gutgeheissen, die Lärmsanierungsprojekte ohne sorgfältige Prüfung von einer temporären Reduktion, die das gar nicht machten, grundsätzlich abgelehnt. Zum Schluss wurde noch der nachgereichte Fragenkatalog weiter beantwortet, was den Projektauftrag und die weiteren, baulichen Massnahmen betreffen, bzw. was die Belagsauswahl betrifft, die Art der Massnahmen und natürlich auch den Bereich der Einwohner\*innen oder den Einsprachen. Dies wurde aber bereits unter dem Aspekt des Prozessrisikos, wie ich es hier gesagt habe, ausgeführt, dass es noch keine Gerichtspraxis gibt und somit Einzelmeinungen von Jurist zu Jurist so weit auseinander gehen, dass man sagen kann, jeder hat eine eigene Meinung. Ein juristisches Gutachten würde daher eigentlich keine weiteren Erkenntnisse bringen.

---

---

Gestützt der Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat, das Postulat sei als erledigt abzuschreiben. Danke fürs Zuhören.

**Christian Kellermann**, Präsident: Vielen Dank für diese detaillierten Ausführungen, Philippe Hofmann. Nun hat die Antrag stellende Person, Etienne Winter das Wort.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Werter Präsident, geschätzter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie immer, ich möchte zuerst dem Gemeinderat und der Verwaltung danken für die erhaltene Antwort und die geleistete Arbeit. Aber wie ihr euch vorstellen könnt, ich habe dazu doch noch einige Bemerkungen und Fragen. In Anbetracht, dass wir heute doch noch einige Einwohner in diesem Rat sind, möchte ich doch noch schnell die kurze und knappe Ausgangslage noch einmal ein bisschen erläutern. Wie gerade Philippe Hofmann sagte, weil es ja nicht ganz stimmt. Die Ausgangslage war eigentlich die Interpellation, die wir eingereicht hatten und dem Gemeinderat vorlag. Da ging es darum, dass aufgrund dieser Erkenntnisse man sehen konnte, dass die vom Gemeinderat beschlossenen Lärmsanierungsmassnahmen eigentlich zur Einhaltung der bundesrechtlichen Lärmschutzverordnung nur bescheiden greifen. Denn wir bauen ja nicht, weil wir bauen wollen, das ist vorher ein bisschen so rübergekommen, sondern weil wir bauen müssen. Wir haben ein Lärmschutzverordnungsgesetz, das ganz klar sagt, die Anwohnerinnen und Anwohner, d.h. das sind diese Bevölkerungsgruppen, die wir hier vertreten, haben ein Recht auf Lärmschutz. In dieser Antwort stand ja, dass im Gutachten von Aegerter & Bosshardt, dass an diesen zwei Strassen 182 Liegenschaften, Stand heute, trotz dieser Massnahme über dem gesetzlichen Grenzwert liegen und mit den beschlossenen Massnahmen, eben dem angesprochenen Belag 8/12, weiterhin 82 Liegenschaften übrig bleiben. Wenn man dann die eingeforderten Pläne studiert hat, konnte man erkennen, dass alle Liegenschaften an der Parkallee nicht mit dieser Massnahme unter diesen Grenzwert fallen. Das eigentliche Ziel ist, wie ich gesagt habe, dass wir die Anwohnerinnen und Anwohner schützen müssen und entsprechend das bundesgerecht umsetzen. In der Pflicht diesbezüglich wäre eigentlich unsere Exekutive, der Gemeinderat. In dieser Debatte habe ich recht pointiert noch einmal nachgelesen, hatte Andreas Bärtsch gesagt, ja konsequenterweise, wenn wir ja merken, dass eine Massnahme überhaupt nicht zielführend ist, können wir sie auch gleich sein lassen. Weil was wollen wir 750'000 Franken ausgeben, um ein Ziel zu erreichen, das wir nicht erreichen können. Weiter haben wir dann dem Einwohnerrat dieses vorliegende Postulat überwiesen. Das hatte mehrere Gründe. Zum ersten, wie ich eben ausgeführt habe, dass eigentlich der Nutzen sehr bescheiden ist, wenn man Bundesrecht einhalten soll. Handkehrum ist das Projekt mit 4,3 Mio. Franken doch sehr hochgesteckt. Weiter habe ich, wie ihr im Postulat sehen könnt, noch herausgefunden, dass dieses Thema auch die CVP schon einmal im 2009 aufgegriffen hat, als der Gemeinderat ganz klar sagte, dass Lärmsanierung mit Belag nicht geht. Sie wollen das nicht und der Einwohnerrat hat gesagt, machen wir nicht. Gründe dafür hat der Gemeinderat ausgeführt. Der Gemeinderat sagte, wir haben keine Langzeiterfahrungen, zweitens ist es zu teuer, drittens geringe Lebensdauer und viertens, die Lärmwirkung nimmt aufgrund der Verschmutzung deutlich stark ab. Dementsprechend sagte der Allschwiler Einwohnerrat, wir wollen keine Flüsterbeläge, wir wollen keine Lärmassnahmen auf dem Asphalt, 2009. Der Auftrag an diesem Postulat, den der Gemeinderat eigentlich hatte, den er dem Einwohnerrat zusagte, war die Massnahme oder resp. Massnahmenkombinationen zu eruieren, noch einmal zu überdenken, wie sie zielgerecht, also zielführender eingehalten werden kann. Und den Massnahmen eben ein Preisschild zu geben. Erste Bemerkung, die Massnahmenkombinationen: Im vorliegenden Bericht bekundet der Rat eine Auslegeordnung von Einzelmassnahmen. Inwiefern aber hier Synergieeffekte vorliegen, wurde nicht beantwortet. Diese Frage haben wir nachgereicht. Ich sehe nur Einzelmassnahmen. Jetzt muss ich mich fragen, wenn ich nun Massnahme 1 plus 2 zusammenrechne, gibt 1+1 2 oder ist es doch etwas anderes? Ist es eine Multiplikation? Wie ist dieser Effekt? Ich sehe das nicht. Das wurde nicht getan. Zweite Bemerkung, Fokus zielführende Umsetzung der Lärmschutzverordnung: Im ganzen Bericht wird nie auf den eigentlichen Aspekt der Einhaltung der Zielerreichung der Lärmschutzverordnung eingegangen. Es ist nirgends ersichtlich, durch welche Massnahmen, oder eben Massnahmenkombinationen, die Lärmschutzverordnung eingehalten werden kann. Lediglich steht, bei dieser Massnahme haben wir minus 1 dB oder minus 3 dB. Wie viele Liegenschaften nun von den 182 durch welche Massnahme oder Massnahmenkombinationen effektiv unter diesen Grenzwert fallen, ist nicht ersichtlich. Also das eigentliche Ziel, wissen, wir haben Massnahme A, B oder C, dann haben wir noch so und so viele Liegenschaften, die darüber liegen und so und so viele Liegenschaften. Dritte Bemerkung ist mehr eigentlich eine Frage bezüglich der externen Gutachten: Dort ist es so, wenn man den Bericht liest, ist ja das Gutachten, das Resultat von Gruner schon ersichtlich. In den Fragen unten habe ich auch gefragt, ja hat denn Aegerter & Bosshardt selbst auch Vorschläge vorgegeben? Heisst ja, und ich habe gefragt, welche. Das steht nicht drin. Wir sehen nur die angepassten auf Grundlage. Haben wir jetzt eine Zweitmeinung von Gruner oder sind die Drittmeinung? Was haben wir von Aegerter & Bosshardt? Wir haben den Gemeinderat und wir haben Gruner. Dann würde sich die Frage stellen, stützt Gruner nun das Erste, ist Gruner etwas anderes? Das würde ich gerne noch vom Gemeinderat wissen.

---

Wieso ist diese Ausführung von Aegerter & Bosshardt nicht hier aufgelistet, sondern eigentlich die Adaption des Gemeinderates? Wir alle hier wissen, es steht ja auch ganz klar auf Seite 8, ein Satz, dass schlussendlich der Entscheid, was der Gemeinderat wollte, aus politischen Überzeugungen, aus politischen Gründen gefällt wurde. Weil man da jetzt je nach Gesinnung sagen kann, ist gut, ist schlecht, gehe ich jetzt darauf nicht ein. Wir müssen einfach wissen, dass die Lärmsanierungsmassnahmen, die nun beschlossen sind, nicht allein aufgrund dieses Belags stattfinden, sondern aufgrund von Erleichterungsverfügungen. D.h. die Massnahme heisst eigentlich Deckbelag ändern plus eine Erleichterungsverfügung, nicht nur Deckbelag. Wir wissen aber, dass sich gewisse Anwohnerschaft formiert haben und werden, haben wirklich im Sinn vor Gericht zu gehen. Ich weiss nicht, ob es Sinn und Zweck des Einwohnerrats sein kann, resp. des Gemeinderats, dass Anwohner\*innen, dass die Bevölkerung von Allschwil um ihres Recht klagen muss. Sie müssen private Gelder in die Hand nehmen, eine Advokatur suchen, die loszieht. Und der Gemeinderat, was macht der? Er stellt sich dem entgegen, natürlich nicht mit dem eigenen Privatvermögen, sondern nimmt dafür Allschwiler Steuergeld in die Hand. Ob das nun zielgerichtet ist oder nicht, das überlasse ich anderen. Die vierte Bemerkung, die ich noch habe, ist mir sehr sonderbar. Wie ihr seht, ich zitiere immer gerne Dinge aus Protokollen, aber diese Berichte sind öffentlich zugänglich. Der Gemeinderat hat nun zwei Mal hier zitiert. A aus einem Protokoll eines runden Tisches. Ich weiss nicht, was dort die Abmachung war. Ist es öffentlich zugänglich? Wenn ich doch als Einwohnerrat ein Zitat erhalte ab irgendeinem Papier, möchte ich doch Einblick erhalten. Was wurde dort abgemacht? Dass man das zusammen behandelt, dass man das öffentlich herausgibt, ich weiss es nicht. Zweitens auch der Beschluss des Regierungsrats: Die Einwohnergemeinde Allschwil, das sind auch wir, wurde gerügt. Man hat gesagt, macht vorwärts. Aber wieso liegt denn dieses Papier dem Einwohnerrat nicht vor? Auch daraus wird eine kleine Passage zitiert, macht vorwärts. Was steht denn auf einer anderen Seite? Ich möchte das doch wissen. Ich erwarte vom Gemeinderat, diese Berichte nachzuliefern. Das kann es doch nicht sein. Ich lasse mich doch nicht einfach alles schwärzen und dann habe ich einen Satz aus irgendetwas. Und eben, wir haben gesagt, es ist ein politischer Entscheid. Ich möchte den Gemeinderat noch einmal darauf hinweisen, im Leitbild, in dem er sich selbst auf die Fahne geschrieben hat, das war mein erstes Zitat letztes Mal: „Die Lärm- und Schadstoffeinflüsse des motorisierten Individualverkehrs sind zu verringern und hierfür u.a. der öffentliche und Langsamverkehr zu fördern.“ Das war auch ein politischer Entscheid. Das hat sich der Gemeinderat auf die Fahne geschrieben, aber den finde ich nun hier, in dieser Lösung nicht. Zum Prozessrisiko: Ich weiss nicht, das ist jetzt ein Bundesgerichtsurteil aus Zug, glaube 2014. Wir haben mittlerweile andere. Zürich war bereits vor Bundesgericht, Sevogelstrasse Basel war vor Bundesgericht. Es ist für mich zu wenig aussagekräftig. Aufgrund dieser Merkmale muss ich sagen, inhaltlich nicht zufriedenstellend. Ich muss dagegenhalten, um das Geschäft bitte nicht abzuschreiben. Besten Dank.

**Christian Kellermann**, Präsident: Vielen Dank, Etienne Winter. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Entwicklung dieses Themas, der Lärmsanierung auf den Gemeindestrassen und im speziellen auf der Parkallee und Spitzwaldstrasse, finden wir sehr unbefriedigend, und was uns heute vorliegt ebenfalls. Wir haben eine Postulatsbeantwortung vorliegen, viele Fragen wurden formal mehr oder weniger beantwortet. Man könnte nun sagen, es ist beantwortet, also schreiben wir es ab. Ausserdem ist es ein hängiger Rechtsstreit, man könnte die ganze Frage auch den Gerichten überlassen. Wenn man aber die Sache etwas genauer anschaut, stellt man fest, dass die ganze Frage der Lärmsanierung schon eher oberflächlich behandelt wurde, und zwar von Anfang an. Man hat uns seinerzeit ein Projekt vorgelegt, das ein bisschen summarisch begründet wurde und in der Folge hier versenkt wurde, weil man einfach nicht aufzeigen konnte, dass die vorgeschlagenen Massnahmen oder die vorgeschlagene Massnahme zum Ziel führen. Man hatte das Lärmgutachten von Aegerter & Bosshardt zitiert angefügt. Davon liegen nur einzelne Tabellen vor. Es wird vom Gemeinderat bis heute unter Verschluss gehalten. Man hat nur oberflächlich betrachtet, was eine Temporeduktion bringen würde. Man rechnet auch jetzt in der Postulatsbeantwortung mit irgendwelchen pauschalen Differenzen von so und so viel dB, ohne dass man die konkreten Verhältnisse anschaut. Oder man kann es zumindest nicht nachvollziehen, dass das so ist, weil auch im Zweitgutachten ja nur einfach die Resultate oder die Empfehlungen zitiert werden. Andererseits hat man auch nicht angeschaut, ob es wirklich verhältnismässig ist, dass man in der ganzen Spitzwaldstrasse den Belag austauschen geht, wo doch zum Teil nur am Tag der Grenzwert minimal überschritten wird und nachts überhaupt nicht. Da würden möglicherweise Temporeduktion sowieso auch schon reichen. Dann hat man die Anwohner der Parkallee aufgeschreckt, indem sie lesen konnten, dass die Grenzwerte überall überschritten werden. Aber eigentlich hat man nirgends irgendwie aufgezeigt, wie man das Problem löst. Schliesslich hätte man auch noch anschauen können, ob es eigentlich richtig ist, dass man diese Strasse als kommunale Hauptverkehrsstrasse im Strassennetzplan hat, gleichzeitig in der Lärmempfindlichkeitsstufe 2. Das passt nicht zusammen, wenn man sieht, wie es im Kanton Basel-Stadt ist. Die ganze Wanderstrasse ist in der Lärmempfindlichkeitsstufe 3. Also, es fehlt einfach die

---

Gesamtschau und die haben wir auch heute nicht. Wir haben das Zweitgutachten, das nur summarisch zitiert wird, ohne dass wir nachvollziehen können, was eigentlich darin genau steht. Deshalb denken wir, dass es gerechtfertigt ist, dass wir dieses Postulat stehen lässt. Danke schön.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Herzlichen Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte mit dem Gemeinderat nicht so hart ins Gericht gehen, und ich meine nicht nur politische Entscheidungen unterstellen, aber ich muss nun doch kundtun, dass auch wir von unserer Fraktion mit der Beantwortung nicht ganz zufrieden sind. Wie gesagt wegen Gründe, die schon genannt wurden. Was uns ein wenig daran stört, ist auch, obwohl wir diese Auflistung haben, bei der man zwar ein bisschen suchen muss, welche Parameter oder besser gesagt, welchen Einfluss hätten denn diese Reduktionen auf die Dezibel. Wir wissen, dass sie beim Belag 8/12 ein dB ist und beim Belag 4/12 drei dB sind. Und bei Temporeduktionen von 10 km/h macht sie ein Dezibel aus. Das ist ein bisschen verstreut über den Text. Was wir uns gewünscht haben, wäre eine Aufschlüsselung gewesen. Ihr habt das zwar versucht, hinten beim Aufzeigen der Kosten dieses Belags. Aber ich glaube auch, dass es nicht zielführend ist. Weil ich mich auch die ganze Zeit fragte oder auch gesucht, welche Werte wurden denn nun nicht eingehalten? Dann geht es auch darum, sind das Planungswerte, sind das die Emissionswerte oder Alarmwerte. Es wird nicht einmal darüber gesprochen. Dann sehe ich auch nirgends, ob man von den Tages- oder von den Nachtwerten spricht. Das hat alles einen Einfluss, halten wir nur in einem gewissen Parameter in der Nacht einen Alarmwert nicht ein oder halten wir den ganzen Tag hindurch schon den Planungswert nicht ein. Ich finde, das hat einen grossen Einfluss darauf, wie man das Ganze handhaben will. Das wurde nirgends sauber aufgezeigt. Zweitens, was uns auch etwas stutzig machte, obwohl ja geschrieben wurde, unter Prozessrisiko hat man das ausgeführt, weiter hinten unter Einsprache Anwohnende schreibt man dann: „Wie im Prozessrisiko ausgeführt, gibt es noch keine Gerichtspraxis, weshalb die Einzelmeinungen von Juristen derzeit weit auseinander gehen. Ein juristischer Gutachter bringt daher keine weiteren Erkenntnisse.“ Ich weiss nicht, was ihr getan habt, aber ich habe mich gestern und heute in drei abschliessende Bundesgerichtsurteile eingelese. Ich frage mich dann schon, wo da denn die Praxis fehlt. Ich glaube mit diesem Wissen oder mit diesem Defizit in dieser Beantwortung bin ich auch der Meinung, oder besser gesagt ist die Fraktion der Meinung, dass wir dieses Postulat zurückweisen möchten und so nicht entgegennehmen möchten, besser gesagt abschreiben. Das was zuvor gesagt wurde, ist sicher nicht ganz verkehrt. Wir sind jetzt in einem Prozess, der für viele Parteien ein bisschen unzufriedenstellend ist. Ich glaube, es ist schon unsere Aufgabe als Einwohnerrat, für die Allschwiler Bevölkerung zu agieren und zur Allschwiler Bevölkerung zu schauen, und zwar auf beiden Seiten, sowohl für die Anwohner wie aber auch für die Seite der Verwaltung. Ich habe das Gefühl, wir laufen da ein wenig in eine verzwickte Situation. Bevor wir dann am Schluss irgendwo landen, dass irgendeine Kommission irgendetwas untersuchen muss oder noch einen Bericht dazu verfassen muss, schlage ich vor, dass wir ihn jetzt zurückweisen, wie es schon erwähnt wurde. Mit der Bitte, dass der Gemeinderat das dann auch bis zur Budgetsitzung hin beantwortet. Weil sonst haben wir diese Diskussion wieder im Dezember, wo wir das Politikum aufmachen, ob wir diese Gelder nun sprechen sollen oder nicht. Ich bin der Meinung, das muss nicht sein, das können wir anders lösen. Deshalb ist der gut gemeinte Rat: bitte überarbeitet das noch einmal und bitte kommt damit bis zur Herbstsitzung. Wir werden es zurückweisen. Danke schön.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Ich rede hier als Anwohner der Parkallee. Als wir hier damals es zurückgewiesen haben, kam: „Wenn einer motzt, dann ist es eh nur der Winter.“ Wir haben die Zahlen gehört vorher von Philippe Hofmann, wie viele Leute Einsprache erhoben haben. Wir erhielten einen Brief, darin hiess es, es käme eine Erleichterungsverfügung auf uns zu. Dummerweise kenne ich in der Parkallee, der Spitzwaldstrasse ein paar Leute. Die kamen effektiv zu mir in die Küche gelaufen und fragten: „Was machen Sie?“. Ich sagte: „Ganz klar, ich ziehe das weiter.“. Aufgrund dieses erhaltenen Briefes, der Messungen, von denen wir wussten, nicht möglich. Ich habe es vorausgeschickt. Ich habe auch ein wenig in den Protokollen nachgeschaut. Einwohnerratssitzung 20. März 2019, Gemeinderat Robert Vogt sagt: „Eigentlich möchten wir unsere Bevölkerung vor dem Lärm schützen, aber nicht durch passive Massnahmen, sondern durch Verhinderung des Lärms an der Quelle.“ Ich sass hinten als Stimmzähler und durfte von oben sagen: „Ich habe etwas Wichtiges gehört. Man will die Bevölkerung schützen und den Lärm an der Quelle vermindern.“ Wir waren uns beide sehr einig. Heute auf der Traktandenliste, Nr. 13, geht es um Lärmsanierung Baslerstrasse Kreisel bis Endstation Tram. Ein Postulat von Kathrin Gürtler. Ich bin froh, dass der Gemeinderat mittlerweile auch Papier abgibt, „Begründung der Nicht-Entgegennahme“. Sie schreiben: „Der Kanton Basel-Landschaft ist als Anlageeigentümer der Baslerstrasse für die Einhaltung der Lärmschutzverordnung verantwortlich.“ Okay. Ich modelliere es um: Der Gemeinderat ist als Eigner der Gemeindestrassen für die Umsetzung und Einhaltung der Lärmschutzverordnung, Achtung Bundesrecht, zuständig. Also, wir reden von Gemeindestrassen und Kompetenz und Verantwortung des Gemeinderats. Wir reden nicht über Tempo 30, wir reden über die Einhaltung von Bundesrecht, über Einhaltung einer Vorschrift. Jeder von uns ist Bürger und weiss, was das heisst. Die Gemeinde ist in der

---

Verantwortung als Eigner, als Vertreter der Eigner. Wir können statt Tempo 30 ganz klar sagen, wir könnten Einbahnstrassen machen, Zubringer, Tempo je nach Aufkommen, Tempo nachts reduzieren, Parkplätze, oder man kann sie ganz einfach auch sperren. Das ist nicht mein Thema. Es geht um Lärm. Der Gemeinderat steht in der Pflicht diesen Lärmschutz umzusetzen. Was er vom Kanton verlangt, gilt doch auch für ihn. Oder leben wir hier bei St. Florian? Die Bauverwaltung im Auftrag des Gemeinderats hat das Ingenieurbüro Aegerter & Bosshardt - ich habe es hier, meine Damen und Herren, es ist nur ein Teil davon - beauftragt. Wer es möchte, kann es bei mir ausleihen oder wenn man es verlangt, geben sie es nämlich ab. Nachher hat die Bauverwaltung und Aegerter & Bosshardt den Gemeinderat informiert. Sie hatten den Eindruck, der Gemeinderat sollte eine Zweitmeinung haben, vielleicht möglicherweise in der Hoffnung, es käme etwas anderes dabei heraus. Aber Quatsch, auch Gruner hat in seinem Fachbericht genau das geliefert. Ich zitiere schnell: „Schluss - Aus Sicht Lärmschutz im Sinne der Vorsorge und des Gesundheitsschutzes sowie unter Betrachtung der Verhältnismässigkeit zeigt die Prüfung, bzw. die Zweitmeinung ...“ - Also beides ist genau gleich, Bosshardt und Gruner - „... über die Empfehlungen von Lärmschutzmassnahmen je LSP folgendes Bild: Lärmschutz Parkallee Einbau Belag SDA 4/12 in Kombination mit Tempo 30.“ Nicht ich sage das, sondern die Fachleute, zwei Ingenieurbüros. „Spitzwaldstrasse Einbau Belag SDA 8/12 mit Tempo 30.“ Wer will, dem sende ich Morgen diesen Bericht. Ich darf ihn versenden. Dann steht hier noch weiter: „Werden die Baukosten betrachtet, so sind nicht die gesamten Strassensanierungskosten der Lärmschutzmassnahme zuzuordnen, sondern, wenn überhaupt, die Baukosten des Deckbelags.“ Wow! Und am Schluss steht noch etwas: „Welcher Ausgang eventuelle Entschädigungsklagen zeigen, ist aktuell nicht bekannt, könnte aber mit Folgekosten für die Gemeinde enden.“ Das sagt Aegerter & Bosshardt.

Auch zu Tempo 30 hatte z.B. der Gemeinderat in seinem Bericht an Etienne geschrieben: „Temporeduktion: Eine kurzfristig und im Vergleich zu anderen Massnahmen kostengünstig anwendbare sowie annähernd unterhaltslose Möglichkeit für Massnahmen an der Quelle sind Temporeduktionen.“ Okay. Er schreibt auch, wie viel es sein könnte, 1 oder 2 dB weniger. Im Bericht des Regierungsrats, ich glaube, ich blättere mal schnell, zu dem unsere Anwältin sagte, hey Hallo, es muss was gehen, schreibt der Regierungsrat an den Gemeinderat: „Weiter führt der Gemeinderat aus, er sei aufgrund der vom Einwohnerrat im Februar 2020 überwiesenen Motion betreffend Tempo 30 in Quartierstrassen gehalten, einen entsprechenden Bericht innert sechs Monaten vorzulegen. Auch dieser Verweis ist nicht in der Lage zu klären, wieso der Beschluss bis anhin nicht dem Einwohnerrat vorgelegt wurde. Offensichtlich waren für den Gemeinderat auch keine weiteren Abklärungen wie etwa die Ausarbeitung eines Gutachtens nach Art. [ ... ] erforderlich. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Gemeinderat Allschwil sowohl den von Seiten des Einwohnerrates wie auch von betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern an ihn herangetragenen Begehren die verschiedenen Möglichkeiten der Lärmsanierungsmassnahmen eingehend zu prüfen und den getroffenen Entscheid detailliert zu begründen. Dem ist er jedoch nicht nachgekommen, ohne jedoch sachgerechte Gründe für das Festhalten am Beschluss vom März 2018 zu nennen. Dies entgegen anders lautenden Empfehlungen von einem vom Gemeinderat selbst in Auftrag gegebenen Zweitgutachtens.“ Ich glaube es wurde hier einiges gesagt, wo der Bock liegt. Wir haben es schon mehrfach gehört, irgendwie geht es manchmal nicht ganz auf. „Gesamthaft ...“ - das ist eigentlich der entscheidende Satz von unserer Juristin her - „...ist festzuhalten, dass der Gemeinderat es vorzieht, seinen Beschluss vom März 2018 festzuhalten, obwohl sowohl die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner, vom Einwohnerrat, von seiner eigenen Bauverwaltung als auch von dem von ihm selbst in Auftrag gegebenen Zweitmeinung eine Geschwindigkeitsreduktion gewünscht wird, denn empfohlen wird. Sachgerechte Gründe, wie sie sie festhalten, lassen sich keine festmachen, womit das Verhalten des Gemeinderats eine umfassende Interessenabwägung bei der Lärmsanierung der .beiden Gemeindestrassen einfach vermissen lässt.“ Uiiii, also. Ihr dürft selbst lesen, wenn ihr wollt, aber es ist wichtig, dass man es liest.

Das Fazit ist ganz einfach. Es ist kaum zu glauben, dass Einwohner\*innen, Steuerzahler, einen Rechtsweg gehen müssen, juristisch vorgehen müssen, um die Einhaltung von Bundesrecht, ganz einfach Lärmschutzverordnung, einfordern müssen. Mit dem eigenen Steuergeld es organisieren müssen, damit sie zu ihrem Recht kommen. Der Gemeinderat pariert das mit Steuergeldern von dir und von mir. Ich weiss noch nicht, wie es weitergeht, was der Gemeinderat vorhat. Von uns gibt es entweder eine Erleichterungsverfügung oder es gibt von uns her eine Vollzugsklage, weil der Gemeinderat nicht vorwärts macht. Weil der Regierungsrat in seinem Entscheid ganz klar gesagt hat, dass die Gemeinde, ihr habt es vorhin gehört, „... ist der Gemeinderat aufsichtsrechtlich angewiesen, das kommunale Verfahren betreffend Sanierung der Parkallee und Spitzwaldstrasse in Allschwil im Sinne der Erwägung beförderlich zu einem Abschluss zu bringen.“ Wir wissen, was fördern heisst, Förderband, vorwärts machen. Wir warten lange darauf, die Anwohner, wir alle zusammen. Ich bin gespannt, was herauskommt. Und vielleicht zum Schluss noch schnell das: Wenn ihr euch vorstellt, was getan wurde, das ist ein Teil dieses Berichts. Den Zweiten haben wir nicht hier. Fragen wir uns noch einmal - nach all den Stunden, welche die Verwaltung bis jetzt dafür aufgebracht hat - jetzt stehen wir immer noch auf Feld Null, beim Start? Wir haben keine Vorlage, wir haben keine Lösung. Wie viele Franken gingen da den Bachgraben runter, um wieder auf Feld Eins zu stehen? Danke schön.

---

**Claudia Sigel**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Ich verstehe dieses Anliegen von euch, Schaggi und Etienne, es ist nicht schön, an einer solchen Strasse zu leben, an der so dichter Verkehr herrscht. Ich lebe unterhalb des Rosenbergs. Wir haben einen ähnlichen Verkehr, darüber möchte ich nun kein Wort verlieren. Das hat Ueli heute Abend schon zu genüge getan, zu Recht. Ich denke, wir leben langsam verdichtet. Wir haben immer mehr Menschen, und es wird auch in diese Richtung politisiert, dass wir immer mehr Menschen von überallher haben sollen. Aber offenbar passt Gewissen hier drin oder draussen die negativen Auswirkungen von immer mehr Menschen nicht. An diesem Eck der Parkallee ist eine blöde Situation, das ist so. Da stehen wunderschöne Häuser, schon ewig, und die Situation hat sich verändert, vor allem draussen auf der Strasse. Das sieht man aber auch entlang von Eisenbahnlinien, das sieht man entlang von Autobahnen. Wunderschöne Bauernhöfe, wunderschöne alte Häuser sind nun durch die grössten Lärm- und Schmutzmissionen beeinträchtigt. Das ist aber ein Problem der heutigen Zeit. Ich denke, mit diesem Bericht des Gemeinderats hat der Gemeinderat einen grossen Schritt unternommen, oder wenigstens versucht zu unternehmen, dem Problem bei der Parkallee Abhilfe zu schaffen. Ich entnehme diesem Bericht Lösungen. Ich entnehme diesem Bericht nur eine Lösung nicht, das ist die Tempo 30-Lösung. Ich gehe davon aus, das ist das, was ihr wollt. Ich muss es so interpretieren, weil es heute Abend nicht so ganz zum Ausdruck kam. Ich muss dazu einfach sagen, auf so einer viel befahrenen Strasse, auf der auch noch der öV durchfährt, Tempo 30 einzuführen macht keinen Sinn. Es gibt nur Stau und Verkehrschaos. Das bringt euch auch nicht mehr Ruhe. Das bringt euch vor allem nebst dem Lärm eher noch Schmutz. Was ich fest bedauere, weil ich persönlich es von Berufs wegen selten zielführend finde, ist, wenn man mit Gerichtsverfahren droht. Es ist nur frustrierend. Es heizt lediglich die gegenseitigen Gemüter auf und bewirkt Frust und unterdrückten Hass. Dann noch zu behaupten, wegen euch müssen wir die Gemeindekasse mit einem Gerichtsverfahren belasten, macht mir fast schon in der Seele weh. Wenn es darum geht, dass ihr euer Tempo 30 unbedingt wollt und droht, dies mit einem Gerichtsverfahren durchzusetzen, dann überlegt euch das noch einmal gut. Überlegt euch, ob ihr euch nicht auf irgendeinen anderen Kompromiss einlassen könnt, der die Gemeinde in diesem Vorschlag hier unterbreitete, oder ob es vielleicht noch einen anderen Vorschlag gibt, auf den man sich einigen könnte. Aber kommt vielleicht auch mal ein bisschen entgegen und lasst den Tempo 30-Wunsch fallen. Danke vielmals.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich weise darauf hin, angesichts der fortgeschrittenen Zeit, dass wir nun die anschliessenden Voten bitte kurz halten.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, das nehme ich gerne wahr. Werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Binnerstrasse 13, übrigens, liebe Claudia, das ist meine neue Adresse. Ich bin an der meist befahrenen Hauptstrasse in Allschwil wohnhaft, mit Balkon gegen die Strasse hinaus, seit drei Jahren. Ich lade dich gerne mal auf einen Kaffee ein. Ich wohne nicht mehr dort. Ich habe nun diese Voten erhalten, ich habe gesagt, ich gehe inhaltlich nicht darauf ein. Ich merke auch, die Korrespondenz zwischen meinem Vater und mir ist nicht so hoch. Ich habe die bis jetzt nicht gelesen. Ich habe die Papiere spontan angefordert. Ich habe aber nur mitbekommen, dass der Gemeinderat das noch entscheiden muss, ob ich als Anwohner, resp. Einwohnerrat diese Papiere sehen darf oder nicht. Aber es ist, glaube ich, einfacher, wenn ich mal schnell zur Parkallee gehe. Ich unterstütze das Votum zuvor von Florian gut. Genau, es ist viel zitiert worden, sehr viel aus Berichten vorgelesen worden, ich würde das eben auch gerne sehen, es soll doch allen zugestellt werden. Soll doch der Gemeinderat bitte mit all diesen Wünschen und Äusserungen noch einmal bis im Dezember vor den Einwohnerrat treten. Ich glaube, deshalb stehen lassen aber wirklich mit einem Handlungsauftrag. Nehmt das bitte mit und klärt noch einmal ab bis zur Dezembersitzung. Besten Dank.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich bin etwas schockiert, dass man hier persönlich Leute angreift, wenn es um Lärmschutzverordnung geht, die man einhalten muss. Es geht nicht um Tempo 30, es geht um Lärm. Ich finde, das sollte man zur Kenntnis nehmen, dass man den Lärm bekämpfen und nicht irgendwo ein Tempo 30 einführen möchte. Lärmreduktion ist das Thema und nicht ein persönlicher Angriff und nicht ein persönliches Problem. Lärmreduktion! Danke schön.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Was Mark sagte, ich persönlich habe immer nur von Lärmschutz gesprochen. Alle anderen Unterlagen sind Expertisen, die zu Händen des Gemeinderats abgegeben wurden, das zu klären. Tempofrage wurde gestellt. Kann man das linear machen, auf einer Strasse? Selbstverständlich kann man das. Dazu gibt es genügend Urteile in der Region, dass eine Strasse in einem Quartier reduziert wird. Es muss nicht das Quartier sein, man kann das linear von hier bis dort durchziehen. In diesem Sinn ist die Netzhierarchie schon lange aufgehoben. Der öV, das weiss man zu Genüge, hat mit Tempo 30 kein Problem. Schauen wir mal zur Schützenmatte, z.B. beim Weiherhof vorne, und Parkallee als solches, wenn ihr mal dort steht. Es kommen ein Bus nach dem anderen und noch ein Lastwagen. Die können gar nicht kreuzen. Also die schleichen durch, wir haben schon Tempo

30. Vorne ist ein Rotlicht, sie müssen bremsen - Tempo 30. Vorne ist eine Haltestelle für den Bus - Tempo 30. Der Bus muss abbiegen, es steht alles still. Eigentlich sind wir auf dem besten Weg dazu. Aber ich rede nicht von Tempo 30. Ich sage es noch einmal. Unser Anliegen war klar, ob das nun von der Gemeinde von Anfang an auch, man kann das LSV nicht einhalten. Wir sagen, gebt euch Mühe, es gibt Möglichkeiten! Danke schön.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das Thema Lärmschutz ist nicht ein einfaches Thema. Es gibt immer wie fast bei allem auch hier verschiedene Möglichkeiten. Diese Möglichkeiten wurden aufgezeigt von Philippe Hofmann, die wir haben konkret an dieser Strasse, worüber wir nun lange diskutieren. Etwas ist ganz einfach in dieser ganzen Geschichte. Die Verantwortung für die Einhaltung des Lärmschutzes liegt nicht allein beim Gemeinderat. Sie liegt auch beim Einwohnerrat. Das muss ich nun hier deutsch und deutlich sagen. Der Gemeinderat versuchte nun mehrfach euch aufzuzeigen, wie man diese Lärmschutzmassnahmen oder überhaupt diesen Lärmschutz an dieser besagten Strasse in den Griff bekommen. Nicht heute zum ersten Mal, sondern schon einmal an einer Budgetsitzung. Dort wurde die Massnahme zurückgewiesen, und zwar vom Einwohnerrat. Wir hatten finanzielle Möglichkeiten ins Budget gesetzt, damit wir diese Flüsterbeläge an dieser Strasse einbauen können. Das wurde uns gestrichen. Jetzt sind wir wieder bei euch und beantragen euch, oder zeigen euch auf, wie man den Lärmschutz an dieser Strasse in den Griff bekommen kann. Es wurde von Claudia Sigel gesagt, absolut zu Recht, sagt uns doch was ihr wollt. Sagt, ihr wollt Tempo 30 an dieser Strasse, sagt es! Dann weiss es der Gemeinderat, und dann müssen wir es umsetzen. Das ist so. So ist eigentlich diese Regel, ganz klar. Der Einwohnerrat sagt, und der Gemeinderat ist ausführendes Organ. Sagt es! Das höre ich aber hier nicht umfassend. Ich weiss es auch, dass ich es hier nicht höre. Ich weiss, dass es Leute hier gibt, Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die nicht Tempo 30 wollen. Andere wollen es. Dann sagt es dem Gemeinderat. Es ist klar von den Massnahmen, das hat man gesehen, der Flüsterbelag löst einen Teil des Problems, aber nicht alles. Das ist so. Eine weitere Möglichkeit gibt es nicht. Erleichterungsverfügungen bringen gar nichts, gar nichts lärmschutztechnisch, nichts, nix. Trotzdem hat das der Kanton gemacht. Der Kanton machte es an der Baslerstrasse. Wir haben es nicht getan. Wir haben nach Lösungen gesucht. Aus unserer Sicht ist im Moment die richtige Lösung, dort diesen Flüsterbelag einzubauen. Wie es nachher ausschaut, nachdem wir die Motion mit der Tempo 30-Vorlage bearbeitet haben, sehen wir dann weiter. Das ist der Vorgehensweg, welcher der Gemeinderat vorschlägt. Wenn Sie jetzt dieses Postulat stehen lassen, sind wir keinen Schritt weiter, keinen. Wir wissen nämlich noch immer nicht, was wir tun müssen. Deshalb bitte ich euch, äussert euch doch politisch, politisch zur vorliegenden Thematik. Dann kommen wir alle gemeinsam im Interesse der Anwohner zu einer Lösung. Nur noch kurz, Jean-Jacques, ich habe noch nie einen Anwohner gehört, dermassen plädieren wie du vorher. Die Anwohner, resp. die Einwohner sind heute nicht dabei. Heute sind wir hier unter den Einwohnerräten. Ich habe geschlossen. Ich bitte euch, überlegt euch das noch einmal gut, wenn ihr nun den Beschluss fasst.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wir haben noch Philippe Hofmann und am Schluss noch Andreas Bärtsch. Danach würde ich gerne zur Abstimmung kommen.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Es wurde gesagt, bereits zuvor, es gibt das, was wir aufgezeigt haben. Es gibt nicht mehr. Es gibt Flüsterbeläge und es gibt die Temporeduktionen, die vorliegen. Ist das, was gesagt wurde. Ihr könnt das Postulat stehen lassen. Es ändert nichts an den vorhandenen, möglichen Massnahmen. Das wurde hier erläutert und es ist klar. Wenn das zum Teil an unterschiedlichen Stellen zusammengesucht und zusammengerechnet werden muss, kann man vielleicht sagen, die Darstellung sei suboptimal gewesen. Kann ich gelten lassen. Aber ich kann nicht gelten lassen, wir hätten die Arbeit nicht getan. Es gab anfangs des Postulats drei Fragen. Auf alle drei Fragen gibt es eine Antwort. Somit ist das Postulat formell, was drinsteht, eigentlich beantwortet. Wir haben Abklärungen getroffen, wir haben über vorhandene Dinge gesprochen mit den Möglichkeiten, die möglich sind. Das steht eigentlich alles drin. Es gibt nun nur noch den Entscheid, den man fällen kann. Wie wir beschlossen haben wurde auch klipp und klar erläutert. Wenn man es stehen lässt, ändert das nichts an der Tatsache der Möglichkeiten, die wir haben. Deshalb bitte ich auch den Rat darum, dass das Postulat abgeschrieben wird.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Es wurde viel gesagt. Der Gemeinderat stellt sich auf die Position, dass er nun nicht wisse, was wir wollen. Aus den vielen Voten habe ich eigentlich eines herausgenommen, dass die Aussage noch fehlt, welche Auswirkung es mit den verschiedenen, nun aufgezeigten Massnahmen, also Variante Belag 1, Variante Belag 2 mit oder ohne Tempo 30, auf die verschiedenen Liegenschaften hätte. Das sind dann halt wieder Verhältnismässigkeiten von Geld, das wir investieren. Mich würde es schon auch noch interessieren: Wenn wir einen Betrag X in die Hand nehmen und 50 Liegenschaften damit befreien

---

können oder unter den Grenzwert bringen, oder wenn wir den Betrag Y in die Hand nehmen und dadurch den Lärm gemäss Gesetz für nur 30 Liegenschaften reduzieren können, ist das eine Entscheidungsgrundlage, über die wir dann im Einwohnerrat entscheiden können. Ob wir nun auf einer Linie eine 30er-Zone einführen und dafür dann viele andere Nachteile in Kauf nehmen oder wir jetzt nur einen Flüsterbelag machen wollen. Deshalb denke ich, geben wir dieses Geschäft noch einmal dem Gemeinderat zurück mit dem Auftrag, er solle das doch bitte noch ausarbeiten. Dann haben wir die Grundlage zum Entscheiden. Danke.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Wenn das ein Ansatz ist, dass man sagt, wie viele Gebäude es dann sind, dann bin ich gespannt, wer dann da in den Genuss kommen darf oder nicht. Wie selektiv man dann entscheidet, wessen Gebäude aufgrund welcher Masszahl, die man dann nimmt, weiterhin Lärm ausgesetzt sein soll oder weiterhin nicht. Fakt ist einfach, man kann Tempo 30 einführen, 8/12 machen, dann erreichen wir ca. 60 % der Liegenschaften. Selbst wenn man 4/12 macht und Tempo 30 nimmt, schafft man es nicht, bei allen Liegenschaften die Schutzziele zu erreichen. Wir haben nichts anderes. Wir können nichts anderes tun. Wir können ein Fahrverbot einführen, damit man gar nicht mehr fahren kann, dann ist dort Ruhe. Ist aber auch nicht sinnvoll. Also, von mir aus können wir diese Zahlen heraussuchen. Ich habe sie nicht akribisch, genau, exakt, bei wie vielen Gebäuden eine Reduktion vorhanden wäre. Wenn das der Wunsch ist und es einen Mehrwert bringen soll, à la Bonheurs. Es wird genau dasselbe Resultat sein, das wir erreichen können. Wenn ihr dann nachher befähigt seid und bemüssigt, aufgrund von irgendwelchen Zahlen, die wir nun nennen, irgendwelchen Anwohnern nachher aufgrund eures Entscheids zu verstehen geben müsst, dass man zwar etwas tut, aber so oder so nicht alle begünstigen kann, wenigstens ein paar mehr als ein paar weniger, okay, dann ist gut. Wenn das so gemacht werden soll, nehme ich den Auftrag entgegen, dann suchen wir die paar Zahlen heraus. Andere Möglichkeiten gibt es keine. Das haben wir zuvor schon gesagt.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht ist. Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates, Seite 13, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Das Postulat 4425 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Das Geschäft wird mit 8 Ja zu 28 Nein bei einer Enthaltung nicht abgeschrieben.

Das Geschäft wurde zurückgewiesen, eine Schlussabstimmung über das Gesamtgeschäft erübrigt sich.

Somit wären wir am Schluss dieser Sitzung. Es ist jetzt 21.25 Uhr. Ich bedanke mich für das Mitmachen und auch fürs Ausharren. Wir hoffen, dass wir das Technische mit diesen Mikrofonen nächstes Mal besser in den Griff bekommen. Ich wünsche euch einen schönen Abend und eine gute Woche.

ENDE DER SITZUNG 21.25 Uhr